

Unsere Welt



«Apartheid-Wall»: Die Mauer der Schande, die sich durch die israelisch besetzten Gebiete der Westbank zieht. Foto bdsmovement.net

Israels Umgang mit dem palästinensischen Volk auf dem Prüfstand Apartheid lebt in Israel weiter

Ist es berechtigt, das Vorgehen Israels gegen die Palästinenser als Apartheid-Regime zu bezeichnen? Dieser Frage gingen die beiden US-amerikanischen Professoren Virginia Tilley und Richard Falk in einer Studie nach. Ihr Résumé erschien im Buch «Palästina – Hundert Jahre leere Versprechen» (Hrsg. Fritz Edlinger, Promedia Verlag, Wien 2017). Das «Magazin für die kritische Masse» Rubikon hat eine gekürzte Fassung ihres Beitrages publiziert (www.rubikon.news), die wir auszugsweise übernehmen und mit eigenen Untertiteln ergänzt haben.

Von Richard Falk

Vor mehreren Monaten wurden Professor Virginia Tilley und ich von der Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (ESCWA) gebeten, eine Studie zu verfassen, in der geprüft werden sollte, inwiefern Israel in seinem Umgang mit dem palästinensischen Volk als «Apartheid-Regime» agiere, und zwar laut der Definition des Begriffes «Apartheid» im Internationalen Strafgesetz. (...) Unser Bericht zeichnet sich durch das Bemühen aus, Israels Umgang mit dem palästinensischen Volk und die damit einhergehende Politik ausschliesslich auf rechtlicher Basis zu beurteilen. Die Untersuchungsergebnisse führen zu einigen moralischen und politischen Schlussfolgerungen, die sich in den Empfehlungen für diesbezügliche Massnahmen und Handlungen der Vereinten Nationen, der Regierungen souveräner Staaten und der Aktivisten und Organisationen der Zivilgesellschaft widerspiegeln.

Es freute uns, diesen Auftrag und damit unsere Rolle als Ermittler, die an einem akademischen Unterfangen teilnehmen, anzunehmen. (...)

Innerhalb weniger Stunden nach Veröffentlichung unseres Berichtes am 15. März 2017, der den Titel «Israels Umgang mit dem palästinensischen Volk und die Frage der Apartheid» trug, setzten Reaktionen ein, die bestenfalls als hysterisch und höhnisch bezeichnet werden können. Auffallend an der sofortigen und wütenden Ablehnung des Berichts durch Israel und die Vereinigten Staaten war ausserdem das absolute Fehlen auch nur irgendeiner substantiellen Kritik am Inhalt der im Bericht angeführten Ergebnisse oder Analysen. Die neu ernannte UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, verurteilte den Bericht und forderte die Vereinten Nationen auf, ihn zurückzuziehen, ohne andere Gründe zu nennen als dass der Bericht in seiner Beurteilung des Verhaltens von Israel gegenüber den Palästinensern unvoreteilhaft sei. Der frisch gewählte Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, reagierte schnell und forderte ESCWA öffentlich auf, den Bericht von ihrer Webseite zu löschen. (...) Anstatt dieser Forderung nachzugeben, trat Rima Khalaf, Leiterin der Kommission, von ihrem Posten zurück und richtete ein Schreiben an den Generalsekretär, in

dem sie freundlich und prinzipientreu die Gründe ihres Rücktritts erklärte. Kurze Zeit später wurde der Bericht von der Webseite der Kommission entfernt. (...)

Diskreditierte Kritik

Während meiner Amtszeit als Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten (2008–2014) wurde ich Zeuge, wie Verteidiger Israels häufig versuchten, vorgebrachte Kritik zu diskreditieren. Meine halbjährlichen Berichte, die ich in der Zeit, als ich diesen Posten innehatte, an die UNO-Menschenrechtskommission und an den Dritten Ausschuss der UN-Generalversammlung richtete, beinhalteten oft scharfe Kritik an Israel und an anderen Akteuren, die sich auf verschiedene Themenbereiche bezog, einschliesslich der Missachtung des Völkerrechts, illegale Expansion des Siedlungsbaus und unverhältnismässige Gewaltanwendung. Ausserdem wies ich in den Berichten auch auf die Komplizenschaft internationaler Unternehmen und Banken hin, die gewinnbringende Geschäfte mit den Siedlungen unterhalten. (...) Ich erwähne diese persönliche Erfahrung nur, um darauf hinzuweisen, dass sie sich in ein seit langem bestehendes Muster schmutziger Tricks einreihen lässt, bei denen die leidenschaftlichsten Verteidiger Israels es vorziehen, ihre Gegner zu verleumden, anstatt das Risiko einzugehen, sich auf die augenscheinliche

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Solidarität: Junge Frauen in Palästina	2
Syrienberichterstattung: Positive Schlagzeilen verboten	3
Westsahara: Im Schwarzen Loch	4
Die USA und der lateinamerikanische Faschismus	5
US-Blockade von Kuba: Zwei gegen den Rest der Welt	6
PESCO: Aufrüstung der Willigen und Fähigen	7
100 Jahre Dekret über den Frieden	8

Abkommen über die Ächtung der Atomwaffen Jetzt ratifizieren!

Am 21. September forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Anlass der Schweizerischen Friedensbewegung zum UNO-Weltfriedenstag in der Basler Elisabethenkirche den Bundesrat in einer Resolution einmütig auf, das Abkommen über die Ächtung der Atomwaffen unverzüglich zu ratifizieren. In der Resolution heisst es:

Am Vorabend des UNO-Weltfriedestages haben in New York in der UNO die ersten 50 Staaten den Vertrag zum Verbot von Nuklearwaffen unterzeichnet.

Der Vertrag verbietet neben der Herstellung, dem Einsatz und Besitz von Nuklearwaffen auch die Drohung mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen in anderen Staaten. Damit wäre auch die letzte der Massenvernichtungswaffen endlich geächtet.

Die Schweiz hat dem Vertrags-Entwurf im Juli 2017 zwar zugestimmt, will ihn aber noch nicht unterzeichnen.

Wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Anlass zum Internationalen Tag des Friedens in der Elisabethenkirche von Basel haben für dieses zögerliche Verhalten kein Verständnis und fordern den Bundesrat auf, sich klar zum Vertrag zu bekennen und das Ratifizierungsverfahren unverzüglich an die Hand zu nehmen.

Aleida Guevara March am Weltfriedenstag Nein zum Krieg!

An einer gut besuchten Veranstaltung zum UNO-Weltfriedenstag in der Basler Elisabethenkirche sprach auf Einladung der Schweizerischen Friedensbewegung, der Vereinigung Schweiz-Cuba, der PdA Basel und Alba Basel die kubanische Kinderärztin und Tochter von Che Guevara, Dr. Aleida Guevara March.

Aleida Guevara setzte ihrem mitreissenden und von Yvonne Zimmermann hervorragend übersetzten Referat eine kleine Präsentation der Kubanischen Friedensbewegung voran: «Sorge tragen oder trauern – Millionen von Menschen verlieren ihre Kinder wegen der Kriege», heisst es darin in einfacher Bildsprache, «Aufbauen oder zerstören – Millionen von Menschen verlieren ihr Zuhause wegen der Kriege», «Essen oder Töten – Millionen von Menschen haben nichts zu Essen wegen der Kriege». Klare Alternativen mit ebenso klarer Schlussfolgerung: «Nein zum Krieg!» «Wieviel Schmerz, wieviel Verzweiflung in den Gesichtern der Menschen, die vom Krieg betroffen sind», erinnerte Aleida Guevara an die aktuellen Kriege dieser Welt. «Und warum? Allein wegen wirtschaftlicher Interessen!» Dabei gehe es heute um weit mehr als zum Beispiel Erdöl. «Wisst ihr, dass sich im Boden Lybiens der grösste Süsswassersee von

ganz Afrika befindet? Es werden viele Vorwände vorgebracht, um Kriege zu führen. Aber dahinter steckt immer das Geld.»

Aleida Guevara beleuchtete verschiedene Krisenherde und rief die Anwesenden auf, sich stärker für den Frieden zu engagieren, aber für einen Frieden in Würde. «Von was für einem Frieden können wir sprechen, wenn immer noch Menschen vor Hunger sterben? Wenn Menschen keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben? Wenn die transnationalen Konzerne unsere Völker weiterhin schamlos ausbeuten?» Der Applaus wollte nicht aufhören, als Aleida Guevara zum Abschluss kraftvoll das «Gebet an einen Landarbeiter» von Victor Jara intonierte: «Befreie uns von denen, die uns in unserer Not beherrschen. Bringe uns Gerechtigkeit und Gleichheit, das tägliche Brot. (...) Erhebe dich und schau auf deine Hände, reiche sie deinem Bruder, dann werden wir stark sein.»



Aleida Guevara March in der Basler Elisabethenkirche. Links am Tisch Übersetzerin Yvonne Zimmermann. Foto Wanitsch

Apartheid lebt...

Fortsetzung von Seite 1

Gefahr einer vernünftigen Diskussion über wichtige zur Debatte stehende gesetzliche und rechtliche Aspekte einzulassen.

Der «Apartheid-Bericht»

Das Verbrechen der Apartheid wurde 1973 in der Internationalen Konvention über die Unterdrückung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid verbindlich definiert. Darin wird das Verbrechen der Apartheid als vorsätzlicher und systematischer Akt der Rassendiskriminierung bezeichnet, der mit dem Ziel ausgeführt wird, ungesetzliche Strukturen rassistischer Dominanz, d.h. der Unterdrückung einer Rasse durch eine andere Rasse, aufrecht zu erhalten. Unser Bericht ging auch auf die Frage ein, ob es im Zusammenhang mit der Untersuchung des Vorliegens von Apartheid angebracht ist, Juden und Palästinenser als eigene Rassen zu betrachten. Wir kamen zu dem Schluss, dass es dafür genug Grundlagen gibt. Wie unser Bericht zeigt, wird «Rasse» in diesem rechtlichen Kontext als sozial und politisch konstruierte Kategorie behandelt, die entwickelt wurde, um ein spezifisches Volk oder eine spezifische Ethnie zu identifizieren. Dies steht in keinem Zusammenhang zur biogenetischen Wirklichkeit, die in diesem Fall ironischerweise eine beträchtliche Überlappung zwischen Juden und Palästinensern zeigt.

Der Bericht geht auch von der Prämisse aus, dass das Vorkommen oder auch das Nicht-Vorkommen von Apartheid davon abhängt, wie das palästinensische Volk als Ganzes und im Ganzen behandelt wird und nicht nur von der Untersuchung des einfachen Falles einer dualen gesetzlichen Struktur, die Palästinensern und Israelis, die im Westjordanland leben, seit 1967 auferlegt wird. Im Bericht wird vorgebracht, dass es jene Unterteilung der Palästinenser in bestimmte Bereiche ist, die von Israel absichtlich als integrierter Kontrollmechanismus konstruiert wurden und aufrechterhalten werden, die das Vorliegen von Apartheid so überzeugend macht. (...)

Repressive Praktiken, die das Leben einfacher Palästinenser in eine tägliche Tortur verwandelt haben, sind eine Hauptdimension dieses rassistisch organisierten Kontrollsystems. Hierzu sollte auch erwähnt werden, dass einige fortschrittliche Interpretationen des internationalen Völkerrechts die Bestrafung und Kriminalisierung von gewaltlosen Formen des Widerstandes gegen Apartheid als eigene Strafdelikte bezeichnen, wodurch das eigentliche Verbrechen der Apartheid selbst noch verschärft wird.

Palästinenser in den besetzten Gebieten

Der Apartheidcharakter der Besetzung des Westjordanlands ist hierbei noch die am wenigsten umstrittene Bestätigung der Behauptung, dass Apartheid die gesamte Beziehung zwischen Juden und Palästinensern unter israelischer Verwaltung beschreibt.

Erwähnenswert ist ausserdem, dass für den Gazastreifen seit 2005, als die Siedlungen im Rahmen des israelischen «Abzugsplans» entfernt wurden, eine gesonderte Analyse erforderlich ist. Für die Zeit von der Besetzung des Gazastreifens 1967 bis 2005 trifft für den Gazastreifen dieselbe Analyse zu, wie derzeit für das Westjordanland. Seit 2005 wird der israelische Kontrollmechanismus auf eine besondere und grausame Art und Weise aufrechterhalten, um die jüdische Dominanz über die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen zu gewährleisten. Dies umfasst strafende Blockaden, periodische militärische Einfälle, gezielte Tötungen und bestätigte Bemühungen, der Zivilbevölkerung genügend Lebensmittel zu ver-



Mandela in Jerusalem. Karikatur: Latuff

weigern, die ihr erlauben würde, ein gesundes Leben zu führen.

Palästinenser in Jerusalem

Eine weitere im Bericht untersuchte Kategorie waren Palästinenser, die in Jerusalem leben. Hier äussert sich der Apartheidcharakter der israelischen Herrschaft in der Art, wie die israelische Regierung die individuelle Sicherheit der in Jerusalem lebenden Palästinenser massiv untergräbt, indem ihre Aufenthaltsrechte manipuliert und ihnen eine Vielzahl verschiedener diskriminierender Vorschriften auferlegt werden, die von steuerlichen Massnahmen über Zerstörungen bis zur willkürlichen Vorenthaltung von Baugenehmigungen reichen. Im Gegensatz dazu geniessen Juden in den Siedlungen in Ost-Jerusalem seit 1967 alle Vorteile und jeglichen Schutz der israelischen Staatsbürgerschaft.



«Palästina – Hundert Jahre leere Versprechen», Hrsg. Fritz Edlinger, Promedia Verlag, Wien 2017. Erhältlich bei der Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89, buecher-waser@bluwin.ch

Palästinenser in Israel

Die dritte Kategorie setzt sich mit der palästinensischen Minderheit auseinander, die in Israel lebt und die möglicherweise die problematischste Komponente in Bezug auf die Etablierung einer rechtlichen Definition von Apartheid darstellt, welche alle palästinensischen Einwohner umfasst. In dieser Kategorie gibt es ungefähr 1,7 Millionen Bürger von Israel, denen es erlaubt ist, politische Parteien zu gründen und zu wählen. Doch dieser Minderheit, die ungefähr 20 Prozent der israelischen Bevölkerung ausmacht, ist es gesetz-

lich verboten, den erklärten jüdischen Charakter des Staates zu hinterfragen. Ausserdem ist sie Opfer einer ganzen Bandbreite diskriminierender Staatsbürgerschaftsgesetze wie auch Verwaltungspraktiken, welche die Rechte der Palästinenser im Hinblick auf Landkauf, Besitz, Einwanderung, Familienzusammenführung und Freiheiten in der Eheschliessung stark einschränken. (...)

Palästinenser im Exil

Eine vierte Kategorie, die das demografisch grösste Segment betrifft, umfasst die Palästinenser, die entweder bei den Vereinten Nationen als Flüchtlinge registriert wurden oder gezwungen sind, unfreiwillig im Exil zu leben. In diesem Zusammenhang steht Israels Ablehnung von Resolution 194 (1948) der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in welcher festgehalten wird, dass Palästinenser, die 1948 durch Israel enteignet oder vertrieben wurden sowie ihre Nachfahren das Recht auf Rückkehr geniessen. Die Resolution 3236 der Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärt dieses Rückkehr- oder Wiedereinbürgerungsrecht zu einem «unabdingbarem Recht», das wahrscheinlich auch für jene hunderttausende Palästinenser gilt, die später durch den Krieg von 1967 vertrieben wurden. Soweit bekannt, wurde keinem Palästinenser, der seit der Gründung von Israel im Jahr 1948 vertrieben worden ist, erlaubt, von seinem Rückkehrrecht Gebrauch zu machen und seinen Aufenthalt wiederzuerlangen, ganz gleich wie stark seine Wurzeln auch sein mögen. (...)

Zersplitterung eines Volkes

Unser Bericht kommt zur Schlussfolgerung, dass Israel in Bezug auf diese vier angeführten demografischen Kategorien das palästinensische Volk absichtlich zersplittert hat und sich dabei auf systematische Diskriminierung, einschliesslich «unmenschlicher Handlungen», gestützt hat, um in erster Linie seine Kontrolle aufrechtzuerhalten und palästinensischen Widerstand schwieriger und gefährlicher werden zu lassen, während Israel selbst seine Territorien ausweitet und damit die Perspektive einer Selbstbestimmung der Palästinenser weiter schwinden lässt. Aufgrund dieser Ergebnisse, die durch angeführte empirische Daten, einschliesslich der Bezugnahme auf offizielle israelische Quellen, gestützt werden, kamen wir zum dem Schluss, dass der rechtliche Vorwurf der Apartheid fundiert und wohlbegründet ist sowie die derzeitige Situation besser beschreibt als

jegliche Standardterminologie zur Besetzung, die im internationalen Dialog verwendet wird und die eher irreführend ist. (...)

Ein Politik-Gebot: Weder Besetzung noch Apartheid

Seit 1967 verdichtet sich die Hauptforderung all jener, die sich um Frieden zwischen Israelis und Palästinenser bemühen, in dem Slogan «Ende der Besetzung». Grundsätzlich folgen die Vereinten Nationen dieser Denkweise, in der jedoch die notwendigen Vorbedingungen für einen Frieden niemals ganz berücksichtigt werden – mit Ausnahmen der Perspektiven liberaler Zionisten –, da sie das Leid der Palästinenser auf den territorialen Konflikt beschränken. Tatsächlich könnte Israel Frieden haben, der auch von Palästinensern akzeptiert werden sollte, wenn die Rückzugsbedingun-

gen zu lassen. Diese Denkweise, die nach wie vor die politische Phantasie jener beflügelt, die an der Durchsetzung der Idee eines verhandelten Friedens festhalten, übersieht das Leid und die traurige Situation der Palästinenser, die seit mehreren Generationen in Flüchtlingslager gepfercht oder gezwungen sind, ein unfreiwilliges Exil auf sich zu nehmen. Diese Idee eines vernünftigen Kompromisses setzt die Bereitschaft der Palästinenser voraus, auf jegliches spezifisches Rückkehrrecht zu verzichten. Das grundsätzliche Missverständnis dieses allgemeinen Zuganges ist es, zu vergessen, dass der palästinensische Kampf hauptsächlich ein Kampf um die Rechte eines Volkes und erst sekundär einer um territoriales Recht ist. (...)

Der Begriff Apartheid spiegelt die Realität, mit der sich die Palästinenser konfrontiert sehen, besser als jener der Besetzung wider. Die allgemeine Situation der palästinensischen Bevölkerung als Ganzes ist von Unterjochung durch eine israelische Politik gekennzeichnet, die sich lediglich an der rassistischen Identität orientiert. Eine Beendigung der Apartheid ist notwendig, um Umstände einer existentiellen Gleichheit zwischen beiden Völkern zu etablieren und damit die wichtigste Bedingung für eine konstruktive Diplomatie zu schaffen, die sich der Konstituierung von Regeln widmet, die in weiterer Folge zu einem nachhaltigen und gerechten Frieden zwischen diesen beiden Völkern führen.

Vor allem unterstreicht die Akzentsetzung auf die Beendigung einer den Palästinensern auferlegten dominierenden, diskriminierenden und als Apartheid verstandenen Struktur die Legitimität der palästinensischen nationalen Bewegung für die Erlangung von Rechten. Apartheid zeigt auf, dass sich der palästinensische Missstand auf die Menschen wie auch auf die Gebiete und damit fundamentaler und umfassender auf das gesamte Volk bezieht.

Die Existenz der Apartheid anzuerkennen, hat ausserdem den positiven Effekt, die Tendenz ausländischer Regierungen, und zwar besonders jener der USA, zu überwinden, die meinen, dass die Verhandlungen Beziehungen zwischen zwei Seiten umfassen, die sich in einem ausgeglichenen Verhältnis gegenüberstehen, das ein gleichwertiges Geben und Nehmen zur angemessenen Dimension der Erwartungen werden lässt. Die Realität der Apartheid hingegen fordert solche Illusionen heraus und verdeutlicht eine Situation der fundamentalen Ungleichheit. Ohne Auflösung der Apartheid bleibt die Perspektive eines nachhaltigen Friedens eine Chimäre. In diesem Zusammenhang ist die Analogie zu Südafrika erleuchtend. Der Abbau der Apartheid war eine Voraussetzung für den Schritt, eine Versöhnung der in Südafrika beheimateten Rassen zu erleichtern. Ohne diese Voraussetzung wäre die Entlassung Nelson Mandelas aus dem Gefängnis eine vergebliche Geste geblieben, die schnell zum Bumerang hätte werden können.

Es war die Hoffnung der Autoren dieses Berichts, dass dessen Ergebnisse in Bezug auf die Apartheid zu einem klareren Verständnis des palästinensischen Leids führen und die Vereinten Nationen, die Regierungen und die Zivilgesellschaft ermutigen, effektivere Positionen einzunehmen. Ausserdem ist unser anhaltender Wunsch, dass Menschen des guten Willens auf der ganzen Welt, aber besonders in Israel, auf eine politische Lösung hinarbeiten werden, die es Juden und Palästinensern endlich erlaubt, in nachhaltigem Frieden zusammenzuleben, in einem Rahmen, der auch die Lösung gerechtfertigter Beschwerden mit einschliesst.

Quelle: www.rubikon.news

Solidaritätsveranstaltung

im Rahmen der «16 Tage gegen Gewalt an Frauen»

Donnerstag, 30. November
Schmiedenhof Basel
(Zunftsaal),
Eingang Rümelinplatz 4

15.00 – 18 Uhr

Kaffeestübeli mit Büchertisch,
Informationsmaterial, Verkauf
von Olivenöl aus Palästina

19.30 Uhr

Vortrag und Diskussion von
und mit Shirin Amrad, Projektverantwortliche für Palästina bei medico international schweiz zum Thema

Junge Frauen in Palästina – Eine Schule öffnet den Weg

Es laden ein:

Basler Frauenvereinigung für
Frieden und Fortschritt BFFF
medico international schweiz

Infos zur Kampagne:
www.16tage.ch

gen, wie vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 242 festgelegt, erfüllt werden und wenn ein palästinensischer Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt errichtet oder eine andere Formel gefunden wird, auf die sich beide Staaten einigen können und die beiden Staaten erlaubt, ihre Flaggen in der geeinten Stadt von Jerusalem



News, die es nicht in unsere Medien schaffen: Hilfskonvoi des Syrischen Arabischen Roten Halbmondes SARC bringt am 31. Oktober 2017 in Zusammenarbeit mit dem IKRK 1500 Pakete mit Nahrungsmitteln, Schultaschen, Wasser, Sanitätsmaterial und Medikamente nach Al-Rhaebh bei Damaskus. Foto SARC

Über Kriegspropaganda und eine gescheiterte Vogeljagd Kriegstrollen in Syrien

Am 30. Oktober erreichten 53 Lastwagen mit Hilfsgütern und Medikamenten Kafr Batna, einen östlichen Vorort von Damaskus. Das ist eine gute Nachricht aus Syrien und sollte für Schlagzeilen sorgen. Doch gute Nachrichten aus Syrien gibt es in den führenden Medien nicht. Dort werden weiter Feindbilder vertieft, Schlagzeilen trommeln zum Krieg.

Von Karin Leukefeld

Am 30. Oktober erreichten 53 Lastwagen mit Hilfsgütern und Medikamenten Kafr Batna, einen östlichen Vorort von Damaskus. Der Konvoi, der von den Vereinten Nationen und dem Syrischen Arabischen Roten Halbmond (SARC) zusammengestellt worden war, brachte «8000 Pakete mit Grundnahrungsmitteln und eine ähnliche Anzahl von Mehlsäcken, Medikamenten, medizinischen Geräten und weiteren Nahrungsmitteln», sagte SARC-Sprecherin Mona Kurdi. Die Hilfsgüter sollen von Kafr Batna weiter nach Hamouria, Ain Tarma, und Saqba verteilt werden.

Diese Meldung aus Syrien ist eine gute Nachricht und sollte für Schlagzeilen sorgen. Waren doch erst wenige Tage zuvor (von der Bild-Zeitung) «HORRORBILDER AUS OST-GHOUTA» gemeldet worden. Helfer forderten eine «Luftbrücke für Syrien – sofort!». Andere Schlagzeilen lauteten «Die vergessenen Kinder von Ghouta», «Wie Assad einen Vorort von Damaskus aushungert», «Hungerblockade in Syrien», «Niederknien oder verhungern». Wie mit Kriegstrollen wurde der Öffentlichkeit eingehämmert: Es gibt Hunger in Syrien. Verantwortlich dafür ist Bashar al Assad. Kinder sterben, verantwortlich ist Bashar al Assad. Nun wurden also Hilfsgüter geliefert, doch die gute Nachricht machte keine Schlagzeilen. Kaum jemand dürfte die Lieferung der Hilfsgüter mitbekommen haben.

Es ging offenbar gar nicht um die Kinder und die Menschen, die in der Tat dringend Hilfe brauchen. Es ging darum, den syrischen Präsidenten zu beschuldigen. Wenige Tage vor den Schlagzeilen über die «Hungerblockade in Syrien» war Bashar al Assad in ähnlichen Schlagzeilen dafür verantwortlich gemacht worden, Giftgas in Khan Scheichun (4. April 2017) eingesetzt zu haben. Vor dem Hintergrund solcher Berichterstattung erscheint die Erklärung von US-Aussenminister Rex Tillerson nur folgerichtig, die er nach einem Treffen mit dem UN-Sonderbeauftragten für Syrien, Staffan De Mistura in Genf abgab (26.10.2017). «Es gibt keine Zukunft für Assad und seine Familie in Syrien», so Tillerson. «Assad muss gehen». Die Frage sei nur, wie man das umsetzen könne.

Richtig ist, dass es in Syrien heute Hunger, Armut, Leid und Krankheit in einem Ausmass gibt, wie es die Syrer seit Generationen nicht gekannt haben. Nicht nur in der östlichen Ghouta, sondern in ganz Syrien wurden und werden unzählige Kinder verletzt, getötet und traumatisiert. In allen Landesteilen gab und gibt es Hunger, Unterernährung und Krebserkrankungen sind enorm angestiegen. Wenn man über die Situation der Kinder in der östlichen Ghouta spricht, darf man über die Kinder in Deir Ezzor und Abu Kamal, in Ke-fraya und al Fuah (Provinz Idlib) und in vielen anderen Orten entlang den bisherigen und aktuellen Frontlinien nicht schweigen. Selbst dort, wo nicht mehr gekämpft wird, herrscht Leid. Nicht nur Häuser liegen in Trümmern. Die zivile Infrastruktur, die Wasserversorgung, die Pharmaindustrie wurden gezielt von bewaffneten Gruppen besetzt, geplündert, zerstört. Dass vielen Menschen nicht geholfen werden kann liegt auch an den westlichen Wirtschaftssanktionen, die u.a. von Deutschland seit 2011 immer wieder verschärft wurden.

Kampagnenartige Meldungen westlicher Medien über Hunger und Giftgas in Syrien werden nicht nur in einem bestimmten Zeitfenster aus einer bestimmten Richtung verbreitet, sie blenden auch Informationen und Hintergründe aus.

- Die Hochzeit der medialen Kampagnen ist seit Beginn des Krieges in Syrien 2011, wenn eine internationale Konferenz, Beratung, Begegnung oder Entscheidung zu Syrien bevorsteht.

- Ursprung der Meldungen sind westliche Agenturberichte unter Berufung auf oppositionelle Quellen in und ausserhalb von Syrien, die naturgemäss einseitig sind.

Karin Leukefeld, Jahrgang 1954, studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist ausgebildete Buchhändlerin. Sie engagierte sich für die Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit unter anderem beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Die Grünen (Bundspartei) sowie der Informationsstelle El Salvador. Seit dem Jahr 2000 ist sie als freie Korrespondentin zum Mittleren Osten tätig. Wir entnehmen ihren Text dem deutschen Portal rubikon.news

- Ort der berichteten Geschehen sind Gebiete unter Kontrolle bewaffneter Regierungsgegner. Westliche Regierungen und Nichtregierungsorganisationen beziehen sich auf die Meldungen mit jeweils eigenen Forderungen und Erklärungen.

- Ausgeblendet wird, dass an den Orten des Geschehens nicht nur gelitten, sondern auch gekämpft wird. Es fehlt an Lebensmitteln und Medikamenten, doch Munition und Waffen erreichen offenbar in grossen Mengen die Kämpfer.

- Nicht berichtet wird über Leid und Angst von Menschen in anderen Teilen Syriens. Erklärungen und Proteste syrischer Quellen und der Regierungsseite werden ignoriert.

- Verantwortlich für Leid und Zerstörung ist immer der syrische Präsident Bashar al Assad, seine Verbündeten werden kritisiert, weil sie mit ihm verbündet sind.

Zum Hintergrund der östlichen Ghouta gehört, dass die dort liegenden Vororte von Damaskus seit 2012 von wechselnden Kampfverbänden kontrolliert werden. Die überwiegende Mehrheit der Zivilbevölkerung floh bereits damals und lebt heute im Zentrum von Damaskus, in anderen Vororten oder hat das Land verlassen. Die noch verbliebenen Zivilisten – beispielsweise Flüchtlinge aus dem Sudan – haben kein Geld um zu fliehen und/oder sie haben keine Verwandten, von denen sie hätten aufgenommen werden können. Die verbliebenen Zivilisten unterstützen die Kampfgruppen oder sie gehören zu den Familien der Kämpfer. Familiärer Druck auf die Kämpfer – nicht zuletzt wegen der desolaten sozialen Situation in den Kampfzonen – hat in den meisten Teilen Syriens dazu geführt, dass die Bewaffneten die Waffen niederlegten oder abzogen.

Auch in der östlichen Ghouta wollen Kampfgruppen den Krieg einstellen, doch die beiden stärksten Gruppen – die Islamische Armee und Faylaq al Rahman – setzen sie unter Druck, weiterzukämpfen. Druckmittel sind Waffen, Geld und der Zugang zu Strom, Wasser, Lebensmitteln, medizinischer Versorgung. Die Islamische Armee und Faylaq al Rahman – die einen werden von Saudi Arabien, die anderen von Katar sowie den jeweiligen Verbündeten unterstützt – liefern sich blutige Machtkämpfe. Kleinere Kampfverbände stellen sich mal auf die eine, mal auf die andere Seite. Die syrische Armee hat die Gebiete umzingelt, um Druck auf die Kämpfer auszuüben, einen wiederholt vereinbarten Waffenstillstand einzuhalten. Nachschublinien und –tunnel wurden

Der Nachschub in die östliche Ghouta wurde aus Saudi Arabien und Jordanien über verschiedene Wege eingeschmuggelt. Kämpfer, Waffen, Munition, Boden-Luft-Raketen inklusive werden in belagerten Gebieten nicht knapp. Medizin und Lebensmittel dagegen schon. Und Lebensmittel werden teuer, weil diejenigen, die die militärische Kontrolle haben, auch den Handel mit humanitären Hilfsgütern kontrollieren.

Die östliche Ghouta gilt als drittes Deeskalationsgebiet, wie in den Astana-Gesprächen im Mai 2017 vereinbart. Im August 2017 sprengte Faylaq al-Rahman einen Kontrollpunkt der syrischen Armee mit Hilfe eines mit Sprengstoff gefüllten Tunnels in die Luft. Wenige Tage später unterzeichnete die Gruppe mit dem «Russischen Zentrum für die Versöhnung der verfeindeten Seiten in Syrien» ein Waffenstillstandsabkommen und erklärte sich bereit, gegen die terroristische Nusra Front (heute: Hay'at Tahrir al-Sham (HTS), Koalition zur Eroberung von Syrien) zu kämpfen. Tatsächlich ist die Nusra Front aber ein wichtiger, wenn nicht der Hauptverbündete von Faylaq al-Rahman in der östlichen Ghouta.

Das Abkommen hatte keinen Bestand. Fast täglich gibt es Angriffe auf die syrische Armee und in der Altstadt von Damaskus sterben fast täglich Menschen durch Mörsergranaten, die aus der östlichen Ghouta abgefeuert werden. Wird die syrische Armee angegriffen, präsentiert sich Faylaq al Rahman stolz in Videoclips oder schriftlich im Internet, was Nachrichtenagenturen aufgreifen. Angriffe auf die Wohngebiete im östlichen Damaskus werden verschwiegen. Die syrische Armee reagiert ihrerseits mit immer neuen Angriffen, ohne die Kampfverbände niederzwingen zu können.

Um nun den Hilfskonvoi in die weitgehend isolierten Gebiete passieren zu lassen, wurde eine Waffenruhe ausgehandelt. Die syrische Regierung und das «Russische Zentrum für die Versöhnung der verfeindeten Seiten in Syrien» garantierten die sichere

ihnen angefachten Flächenbrand in Syrien zuziehen.

Dass der Westen, die Golfstaaten und die Türkei für den Krieg in Syrien verantwortlich sind, wurde dieser Tage gleich von verschiedenen Seiten bekannt. Die Internetzeitung «The Intercept» veröffentlichte Papiere der US-amerikanischen «National Security Agency» (NSA) aus dem Jahr 2013. Daraus geht hervor, dass der saudische Prinz Salman bin Sultan, hochrangiger Geheimdienstbeamter und später stellvertretender Verteidigungsminister, die bewaffneten Gruppen in Syrien aufforderte, «Damaskus in Brand zu setzen». Mit vom saudischen Königshaus gelieferten Sprengstoff und Waffen sollte der Flughafen sowie Regierungs- und militärische Einrichtungen zerstört werden.

Kurz darauf äusserte sich der ehemalige Aussenminister und Ministerpräsident von Katar, Scheich Hamad bin Jassim bin Jabr Al Thani, im offiziellen Fernsehsender von Katar offen über die eigentlichen Hintergründe des Krieges in Syrien.

Danach agierte die syrische bewaffnete Opposition von Anfang an unter dem Kommando ausländischer Regierungen. Katar habe mit Saudi Arabien, Türkei und den Vereinigten Staaten «vom ersten Moment an» Waffen an die Dschihadisten in Syrien geliefert, sagte der Scheich. Man sei «auf die (Vogel-)Jagd gegangen» (nach Bashar al Assad), doch dann habe man sich über die «Beute» gestritten und der Vogel sei davongeflogen. Sowohl die Nusra Front (Al Khaida) als auch der «Islamische Staat» seien von Anfang an unterstützt worden, so Scheich Hamad. Katar, das auf Anordnung aus Saudi Arabien gehandelt habe, verfüge über «vollständige Dokumente», die bewiesen, dass der Krieg geplant war, um einen Regime-Change zu bewirken.

Es bleibt abzuwarten, ob die Medien in Deutschland, die Hunger und Leid in Syrien anklagen und den syrischen Präsidenten dafür an den Pranger stellen, die Eingeständnisse des katarischen Scheichs der deutschen Öffentlichkeit vermitteln wer-



Hilfe unter schwierigsten Bedingungen im ländlichen Damaskus: Konvoi des IKRK und des Syrischen Arabischen Roten Halbmondes SARC. Foto SARC

Durchfahrt. Seit Anfang 2016 hat das russische Zentrum mehr als 2400 lokale Waffenstillstände in Syrien vermittelt.

Die vielen lokalen Waffenstillstände sind ebenfalls gute Nachrichten aus Syrien. Doch auch über sie wird nicht berichtet. Bei einer Veranstaltung (in Wien) wurde der Autorin vorgeworfen, sie habe sich die lokalen Waffenstillstände nur ausgedacht: «Ich habe darüber noch nie etwas in unseren Zeitungen gelesen, nie im Radio oder Fernsehen gehört», empörte sich ein Zuhörer. Die Waffenstillstände kamen durch syrisches, iranisches, vor allem aber durch russisches Engagement zustande, während die USA, Europa und die Golfstaaten weiter dem von

den. Als enger Verbündeter der USA, Katars und der «Freunde Syriens» – die Anfang 2012 zur Umsetzung des Regime-Change-Plans gegen Syrien versammelt worden waren – trägt nicht nur die Bundesregierung sondern tragen auch deutsche und westliche Medien erhebliche Verantwortung für den Krieg in Syrien und für das Leid der Bevölkerung.

Mit dem öffentlichen Schuldeingeständnis von Scheich Hamad bin Jassim bin Jabr al Thani ist bewiesen: Der Krieg in Syrien war und ist ein Angriffskrieg ausländischer Staaten gegen einen souveränen Staat und damit ein klarer Bruch des Völkerrechts.

Wer ist verantwortlich für Hunger und Leid in Syrien?



Die Leiterin der POLISARIO-Delegation in der Schweiz, Omeima Abdeslam, wurde 1973 in El Argoub an der Südküste der Westsahara geboren. Sie verbrachte einen grossen Teil ihrer Kindheit und Jugend im kubanischen Exil, wo sie in Santiago de Cuba 1995 ihr Studium als Telekommunikations-Ingenieurin abschloss. Nach der Rückkehr in ihre besetzte Heimat engagierte sich Omeima Abdeslam insbesondere in der Frauenbewegung und gründete 1999 im Flüchtlingslager von Dajla die erste Schule für Frauen. Nach mehreren Jahren in der Erwachsenenbildung vertrat die dreifache Mutter die sahrauische Befreiungsbewegung POLISARIO zunächst in Finnland und ab 2013 in der Schweiz. Foto: Centre Zagros pour les droits de l'homme

Die letzte Kolonie Afrikas

Im Schwarzen Loch

1963 sprach die UNO-Generalversammlung dem Volk der Sahraoui in der damaligen spanischen Kolonie von Westsahara das Selbstbestimmungsrecht zu. 1975 wurden weite Teile des phosphatreichen Landes durch marokkanische Truppen und Siedler überrannt. Zwar mündete der Krieg zwischen der Befreiungsfront der Westsahara POLISARIO und Marokko 1991 in einen Waffenstillstand, doch die damals vereinbarte Volksbefragung über die Unabhängigkeit des Landes hat bis heute nicht stattgefunden. Wir haben Omeima Abdeslam, offizielle Vertreterin der POLISARIO bei der UNO in Genf, zur Situation in ihrer Heimat befragt.

Von Martin Schwander

Omeima Abdeslam, Sie sind Repräsentantin der POLISARIO-Front (Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro – Volksfront zur Befreiung von Saguía el Hamra und Río de Oro) in der Schweiz und bei der UNO in Genf. Was ist Ihre Funktion, wie sieht Ihre Tätigkeit aus?

Vielen Dank, dass Sie mir diese Möglichkeit geben, über die Anliegen des Sahraoui-Volkes zu sprechen.

Wie Sie bereits erwähnt haben, leite ich die Delegation der POLISARIO-Front, die in der Schweiz und bei den Vereinten Nationen in Genf akkreditiert ist. Grob gesagt besteht meine Arbeit aus zwei Teilen: jenem bei den Organisationen der UNO und jenem bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

In den einzelnen UNO-Körperschaften geht es einerseits darum, Initiativen zu befördern, welche die POLISARIO-Front diesen Organismen im Rahmen ihrer Verpflichtungen und entsprechend dem Völkerrecht unterbreitet. Andererseits kämpfen wir für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in der Westsahara, auch hier stets in Übereinstimmung mit den Absichten und Grundsätzen der UNO-Charta und des Völkerrechts.

Was die Eidgenossenschaft betrifft, so besteht unsere Aufgabe darin, sowohl die Behörden wie auch die Öffentlichkeit über die Situation unseres Volkes zu informieren, das unter der andauernden militärischen Aggression durch einen Nachbarstaat leidet. Und bezüglich der Schweizerischen Regierung ist es unser besonderes Anliegen, sie an die Aufgabe zu erinnern, die ihr als aktives Mitglied der Internationalen Gemeinschaft in der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit und der Förderung von Demokratie und Menschenrechten zukommt.

Was die Zivilgesellschaft betrifft, so sind wir hierhergekommen, um an das legendäre moralische Gewissen der Frauen und Männer dieses Landes zu appellieren, die sich dem Frieden, der Freiheit und den höchsten menschlichen Werten verpflichtet fühlen und sie zu bitten, ihre besondere Aufmerksamkeit einem Volk zu schenken, das noch im 21. Jahrhundert unter der Geissel des Kolonialismus leidet.

Am 27. Februar 1976 rief die POLISARIO-Front den unabhängigen Staat Demokratische Arabische Republik Sahara (RASD) aus. Können Sie uns kurz die Vorgeschichte der Staatsgründung in Erinnerung rufen?

Bis zum 26. Februar 1976 besaßen die Sahraoui die rechtliche Stellung der Bevölkerung eines «Hoheitsgebietes ohne Selbstregierung», entsprechend den einschlägigen Bestimmungen des anwendbaren Völkerrechts.

Angesichts der unverantwortlichen Haltung der spanischen Regierung, sich aus dem Gebiet zurückzuziehen ohne den Prozess der Entkolonialisierung so abzuschliessen, wie sie sich dazu vor der UNO in verschiedenen Absichtserklärungen und Übereinkommen verpflichtet hatte, beschloss die POLISARIO, dem Willen des Sahraoui-Volkes entsprechend, die Demokratische Arabische Republik Sahara auszurufen.

Legitimität und Rechtmässigkeit dieser Handlung wurden rasch einmal durch die Unterstützung und Solidarität jener Völker gewürdigt, die unter derselben Geissel des Kolonialismus gelitten hatten. In kaum fünf Jahren weitete sich der Kreis der Länder, welche den neuen Staat anerkannten, über Afrika auf Lateinamerika und Asien aus.

Seit Ende 1975 sind weite Teile Ihres Landes durch marokkanische Truppen besetzt und die Westsahara wurde durch Hunderttausende von Marokka-

nern besiedelt. Wie sieht die Lebenssituation Ihrer Bevölkerung aus? Und wie steht es um ihre Menschenrechte?

Die Lebensbedingungen unseres Volkes unter der Besatzung entsprechen ziemlich genau jenen, wie sie in irgendeinem Bericht oder Handbuch über die Bedingungen unter militärischer und illegaler Besetzung eines fremden Territoriums beschrieben werden.

Die Nachbarschaft zu einem territorial gierigen Staat und das Desinteresse der internationalen Gemeinschaft kommen uns sehr teuer zu stehen. Die Besatzungsmacht will unser Land und seine Bevölkerung verschlingen und sie ihrem eigenen Territorium einverleiben. Von der Weltöffentlichkeit vollkommen unbeachtet, übersteigt das Ausmass des Leidens der Sahraoui unter der Besatzung jegliches Vorstellungsvermögen.

Seit mehr als vierzig Jahren gibt es keinen einzigen offiziellen und öffentlichen Bericht, der über den Fortschritt in der Westsahara informiert. Dieses Gebiet ist zu einem eigentlichen «Schwarzen Loch» geworden. Auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen, das Generalsekretariat der Vereinten Nationen und der UN-Sicherheitsrat wissen nichts über die Menschenrechtssituation in der Westsahara. Sie haben keine Ahnung, ob die Menschenrechte dort verletzt werden oder nicht, ob sie respektiert werden oder nicht. Sie wissen nicht, ob Menschenrechte in der Westsahara gefördert und geschützt werden oder nicht. Und sie wissen es nicht, weil es mitten im 21. Jahrhundert keinen einzigen offiziellen und öffentlichen Bericht einer internationalen Organisation gibt, der sich mit der Menschenrechtssituation in der Westsahara beschäftigt. Es tut weh, sich vorzustellen, dass diejenigen, die die Welt regieren, diese Daten nicht kennen, aber das ist die hartnäckige Realität unserer Tage.

Ja, natürlich gibt es Berichte von der POLISARIO-Front, Berichte des Königreichs Marokko, Berichte von grossen und kleinen NGO's, die im Bereich der Menschenrechte tätig sind, Presseberichte usw. Aber alle diese Berichte sind parteiisch und haben wegen der Wirkung der «gegenseitigen Aufhebung» keinen Wert. Das heisst, was die einen bestätigen, bestreiten die andern, und so werden sie durch die Organe der UNO (Generalversammlung, Sekretariat, Sicherheitsrat) letztlich alle ignoriert.

Bezüglich Menschenrechte ist daran zu erinnern, dass die Schweiz

Depositärstaat der Genfer Konvention von 1949 ist und dass sowohl die POLISARIO-Front wie auch das Königreich Marokko diese Abkommen unterzeichnet haben. Die Vertragsparteien verpflichten sich darin, die Konvention unter allen Umständen einzuhalten und ihre Einhaltung durchzusetzen. Es ist klar, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft als aktives Mitglied der internationalen Gemeinschaft und insbesondere als Depositär der Konvention der bevorzugte Empfänger dieser Verpflichtung zu ihrer Durchsetzung in der Westsahara ist.

Die RASD wird heute von 84 Staaten offiziell anerkannt und ist Mitglied der Organisation der afrikanischen Einheit (OAU). EU-Staaten fehlen vorläufig noch darunter. Offenbar wollen viele Staaten ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Marokko nicht aufs Spiel setzen?

Wir haben nichts dagegen, dass alle Länder der Welt enge Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit dem Königreich Marokko unterhalten.

Was wir fordern ist, dass sich diese Beziehungen in Übereinstimmung mit und in absolutem Respekt vor den Zielen und Grundsätzen der UNO-Charta gestalten und den allgemeingültigen Verpflichtungen nachkommen, welche sich aus den zwingenden Normen des Völkerrechts ergeben.

Zum Glück für die Menschheit sind die Staaten nicht länger Imperien oder werden durch die Wünsche von Kaisern regiert. Die Normen des Völkerrechts müssen zum eigenen Wohle dieser Staaten erfüllt werden. Andererseits müssen sich die Staaten auch in ihren Beziehungen zu anderen Ländern an die Grundsätze halten, die insbesondere in der UNO-Charta und ganz allgemein im Völkerrecht verankert sind.

Auf jeden Fall müssen wir uns daran erinnern, dass kein Staat der Welt die Souveränität des Königreichs Marokko über die Westsahara anerkennt. Wenn also die Handelsbeziehungen zwischen zwei Staaten ein Gebiet ausserhalb der Souveränität dieser beiden Staaten berühren, wissen beide, dass diese Situation mit den Grundsätzen, die die internationalen Beziehungen regeln, unvereinbar ist.

Solange diese Situation weiterbesteht, greift die POLISARIO-Front zur Beilegung der Kontroversen entsprechend ihren internationalen Verpflichtungen auf friedliche Mittel zurück, d.h., sie ruft die Gerichte an.

So hat beispielsweise das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 21. Dezember 2016 gezeigt, dass die POLISARIO-Front über eine eigentliche Atombombe verfügt: Die Fülle von juristischen Argumenten, die für sie sprechen, hat es ihr ermöglicht, 28 Staaten der Europäischen Union, wovon zwei Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates mit Vetorecht, eine gerichtliche Niederlage zu bereiten (der Gerichtshof der Europäischen Union bestätigte am 21. Dezember 2016, dass das Freihandelsabkommen zwischen Marokko und der EU nicht auf die Westsahara angewendet werden darf, die Red.).

Die Generalversammlung der UNO hat verschiedentlich das Selbstbestimmungsrecht der Saharaouis festgestellt und fordert seit Jahrzehnten die Abhaltung eines Referendums. Wird mit der Ernennung des früheren deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler zum Sonderbeauftragten für den Westsahara-Konflikt Bewegung in die Frage kommen?

Es ist kein Geheimnis, dass die Lösung des Konflikts in der Westsahara weder vom Willen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen noch seines Sonderbeauftragten abhängt.

Der Konflikt hat bereits sechs Generalsekretäre der Vereinten Nationen und fünf Sondergesandte überdauert.

Das einzige und wirkliche Hindernis, das die Lösung des Konflikts verunmöglicht, heisst «La République française». Es ist die unerklärliche Position Frankreichs und seine schändliche Unterstützung für Marokko, die diesen Konflikt anheizen. Es ist die französische Position, die Frieden, Stabilität und Wohlstand in der gesamten Region Nordwestafrikas bedroht.

Die übrigen Mitglieder der Europäischen Union übernehmen ihren Anteil der Schuld, indem sie der Position Frankreichs, ohne sie zu hinterfragen, einfach folgen. Mit sichtbaren Konsequenzen wie etwa dem Urteil vom 26. Dezember 2016.

Nun weckt allerdings die Ernennung des neuen UNO-Sonderbeauftragten, des ehemaligen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und damit eines Vertreters der deutschen Hochkultur und des deutschen «Know-How» viel Vertrauen in einem Volk, das mehr als 40 Jahre auf etwas so normales und so grundlegendes hofft wie die Anwendung der Regeln, welche die internationale Gemeinschaft an die Spitze des Völkerrechts gesetzt hat: Das Recht auf Selbstbestimmung, welches dem sahrauischen Volk von der UNO-Vollversammlung schon 1963 zuerkannt worden war.

Die Hoffnungen beruhen zu einem grossen Teil auf dem beträchtlichen historischen Hintergrund der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Und in diesem Konflikt, wir unterstreichen es noch einmal, ist der Schlüssel zu einer Lösung die Position von Frankreich.

Herr Köhler hat den Internationalen Währungsfonds und viele andere Institutionen mit grossem Respekt vor den Gesetzen, die solche Institutionen regeln, geführt. Wir hoffen, dass er seiner Biographie mit demselben Respekt vor dem Völkerrecht durch die Erlangung von Frieden, Stabilität und Fortschritt in der Westsahara die Krone aufzusetzen vermag.

Die Westsahara ist die letzte Kolonie Afrikas. Welche Unterstützung erhoffen Sie sich von der Schweiz, um diesen Zustand zu beenden?

Die Fähigkeiten der Frauen und Männer dieses grossen Volkes der Schweiz sollten nicht unterschätzt werden.

Niemand hätte gedacht, dass die von Henry Dunant in seiner Arbeit «Eine Erinnerung an Solferino» vorgebrachten Ideen dazu führen würden, einen kleinen Schweizer Privatverein in die einzige Nichtregierungsorganisation der Welt umzuwandeln, welcher das Völkerrecht Rechte und Pflichten zugesteht, in die einzige NGO, die Abkommen mit Staaten und internationalen Organisationen unterzeichnet.

Wir bitten nicht um humanitäre Hilfe, noch fordern wir Entwicklungshilfe. Wir bitten um etwas Einfacheres, wir bitten um etwas, das in den Wurzeln des Humanismus liegt, der durch die Adern der Schweiz fliesst: Dass uns die Schweiz eine transparente Vitrine bietet, in der wir unsere Zukunft als Volk frei ausdrücken können.



Flagge der POLISARIO-Front.

Die USA und der lateinamerikanische Faschismus:

Das alte und das neue Modell

«Die Verbrechen der Vereinigten Staaten waren systematisch, konstant, zielgerichtet, unbarmherzig, und vollständig dokumentiert, aber niemand spricht darüber.» Harold Pinter

Von Franklin Frederick

Faschistische Strömungen zeigen sich in Lateinamerika erneut ganz offen. Sie sind deutlich sichtbar in der mörderischen venezolanischen Opposition, aber auch präsent in Argentinien und Brasilien. Diese faschistischen Strömungen folgen aus der Unvereinbarkeit zwischen wirtschaftlicher Ungleichheit und politischer Gleichberechtigung, insbesondere auf einem Kontinent mit solch ungleich verteiltem Reichtum.

Der lateinamerikanische Faschismus ist aber auch Ausdruck eines tieferen politischen und wirtschaftlichen Programms, das wir besser verstehen müssen, wenn wir ihn besiegen wollen.

1979 veröffentlichten Noam Chomsky und Edward S. Herman eines der bedeutendsten Bücher über den lateinamerikanischen Faschismus: «The Washington Connection an Third World Fascism». Darin schreiben sie:

«Die radikalnationalistischen Aufstände im Gefolge des Zweiten Weltkrieges, der die alte Kolonialwelt zerschlug, bildeten eine Bedrohung für die überlieferte Hegemonie des Westens und für seine Wirtschafts- und Geschäftsinteressen. Um diese Gefahr einzudämmen, verbündeten sich die USA mit den Eliten und dem Militär in der Dritten Welt, die seitdem die Rolle eines Damms gegen die Flut des Wandels übernommen haben. ... Ein neofaschistischer Nationaler Sicherheitsstaat und andere autoritäre Regimes sind in der Dritten Welt zur Regel geworden, oftmals mit aktiver Unterstützung durch die USA.»

«Die massive Intervention und Subversion (durch die USA) in den vergangenen 25 Jahren beschränkte sich fast ausschliesslich darauf, Reformer, Demokraten und Radikale zu stürzen ... (Die USA) haben kaum je rechtsgerichtete Militärregimes «destabilisiert», egal wie korrupt und terroristisch sie auch waren. (...) Das Militärjunta-Modell wurde als gut befunden, und die Vereinigten Staaten haben dazu beigetragen, dass es gedieh und sich verbreitete. Folter, Todesschwadronen und Investitionsfreiheit sind verwandte Teile des genehmigten Modells, das vom Führer der Freien Welt gefördert und unterstützt wird. Terror in diesen Staaten ist funktional und verbessert das «Investitionsklima» (...). Wenn wir den Propagandanebel lüften, so stellt sich heraus, dass Washington zur Welthauptstadt von Folter und politischem Mord geworden ist (Hervorhebung durch den Autor).»

Diese Worte treffen auf die USA von heute ebenso zu wie auf die USA von 1979 – mit einem wichtigen Unterschied: Zur politischen Destabilisierung fremder Staaten greifen die USA heutzutage neben offener Gewalt auch zu andern, subtileren Mitteln, wie zum Beispiel 2009 im Putsch in Honduras, 2012 in Paraguay, oder 2016 in Brasilien. In all diesen Fällen gab es keine militärische Intervention, sondern der Putsch wurde – gedeckt von Washington – durch die Parlamente oder die Justizmacht der einzelnen Länder vollzogen. Dies ist ein entscheidender Unterschied: Solche «sanften» Coups lassen sich viel leichter rechtfertigen und sind deshalb die Methode der Wahl, die von Washington wenn immer möglich auch künftig angewandt wird. Unverändert bleibt dabei das Ziel: die Verbesserung eines «Investitionsklimas» für die US Interessen und derjenigen, die sich danach ausrichten.

Das ist der Grund, warum Chomsky und Herman den lateinamerikanischen Faschismus als «Subfaschismus» oder «Klientelfaschismus» bezeichnen. Im Gegensatz zum klassischen, nationalistischen Modell des Faschismus aus den 20er und 30er Jahren im Europa des 20. Jahrhunderts ist der lateinamerikanische Faschismus tief anti-nationalistisch, wie Chomsky und Herman es beschreiben:



«Die Ökonomie des Subfaschismus schliesst eine rasche Türöffnung für Aussenhandel und Investitionen, monetäre Strenge sowie Budgetkürzungen in der sozialen Wohlfahrt ein – also genau jene Wirtschaftspolitik, wie sie den Interessen der Herrschenden und ihrer institutionellen Partner, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank entspricht. Vorrang erhält dabei die Tilgung der Auslandsschulden durch erhöhte Exporte und verringerte Einfuhren, weitgehend zu Lasten der Bevölkerung in Form von Lohnkürzungen und verschärfter Arbeitslosigkeit.»

Das lateinamerikanische subfaschistische Projekt zielt in der Tat auf eine Rückkehr zum Kolonialstatus ab und hält die gleichen alten Oligarchen an der Macht. Da diese Oligarchen von der Mehrheit der Bevölkerung in ihren Ländern natürlich keine politische Unterstützung erhalten, sind sie alle sehr antidemokratisch. Um ihre Macht und ihren Reichtum zu bewahren, haben sie sich entschieden, die ausländischen wirtschaftlichen Interessen – den «Markt» – zu vertreten und zu verteidigen, deren Ziel es ist, die lateinamerikanischen Länder als unterentwickelte Rohstoffproduzenten für die nordbasierten transnationalen Unternehmen und Finanzinstitute zu nutzen. Als Gegenleistung werden sie durch diese Interessen geschützt und an der Macht gehalten. Wie Chomsky und Herman folgerten: «(...) unter dem Klientelfaschismus werden ausländische Interessen zur eigentlichen Wählerschaft der Führung.»

Der «freundliche» Faschismus

Allerdings hat der lateinamerikanische Klientel- oder Subfaschismus auch ein neues Gesicht, das geschaffen wurde, um den politischen «sanften Staatsstreichen» zu entsprechen – sozusagen ein «freundlicheres» Gesicht.

«Friendly Fascism» ist denn auch der Titel eines fundamentalen Werkes über den modernen Faschismus, das 1980 von Bertram Gross veröffentlicht wurde. Gross, Professor für Politikwissenschaft und 1946 bis 1952 im Weissen Haus Exekutivsekretär des präsidentialen Beraterstabes für Wirt-

schaftsfragen, beschäftigte sich vor allem mit dem Aufstieg des «freundlichen Faschismus» in den USA – dem «Neuen Gesicht der Macht in Amerika», wie er es ausdrückte. Was er vor 37 Jahren, als das Buch veröffentlicht wurde, im Anfangsstadium gesehen hatte, ist seitdem in einem grossen Teil der Welt, einschliesslich Lateinamerika, zur Realität geworden.

«Der freundliche Faschismus stellt zwei widersprüchliche Tendenzen in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern der so genannten «freien Welt» dar», schreibt Bertram Gross.

«Die erste ist eine allmähliche und mächtige Bewegung in Richtung einer stärkeren Konzentration von Macht und Reichtum in einer repressiven Allianz von Big Business und Big Government. Diese Bewegung

führt hin zu einer neuen und subtil manipulativen Form der korporativistischen Knechtschaft. Der Ausdruck «freundlicher Faschismus» hilft, diese mögliche Zukunft von dem unverhüllt brutalen Korporativismus des klassischen Faschismus in der Vergangenheit von Deutschland, Italien und Japan zu unterscheiden. Er steht auch im Gegensatz zu der unfreundlichen Gegenwart der abhängigen Faschismen, die von der US-Regierung in El Salvador, Haiti, Argentinien, Chile installiert worden sind (...)»

«Die andere Tendenz ist langsamer und schwächer und betrifft Einzelpersonen und Gruppen, die eine grössere Teilhabe an Entscheidungen suchen, welche sie selbst und andere betreffen. Diese Tendenz geht über die blossige Reaktion auf den Autoritarismus hinaus. (...) Sie wird genährt von – allzu oft leeren – Versprechen des Establishments zu mehr Menschenrechten, Bürgerrechten und bürgerlichen Freiheiten. Sie drückt sich aus in breiteren Werten von Gemeinschaft, Austausch, Zusammenarbeit, Dienst an den Andern und grundlegender Moral (...). Sie beeinflusst die Machtverhältnisse im Haushalt, am Arbeitsplatz, in der Gemeinde, in der Schule, in den Kirchen und Synagogen und sogar in den Labyrinthen privater und öffentlicher Bürokratien. Sie könnte zu einer wahreren Demokratie führen – und aus diesem Grund wird sie erbittert bekämpft ...»

Die «allmähliche und mächtige Bewegung in Richtung einer stärkeren Konzentration von Macht und Reichtum» ist auf einer bisher unerreichten Stufe angelangt. Gemäss einem Bericht von OXFAM verfügen gerade mal 8 Männer über die Hälfte des Reichtums dieser Welt. Eine solche Konzentration von Wohlstand schafft eine entsprechende Konzentration

von POLITISCHER Macht in den Händen derjenigen, die am meisten davon profitieren: die internationalen Konzerne und der Finanzsektor. Im Gegenzug verhängen diese über den grössten Teil der Welt jene «korporativistische Knechtschaft», vor der Bertram Gross warnte.

Die zweite Tendenz, die Gross ausmachte – Gruppen und Individuen, die nach stärkerer Einbindung in die öffentlichen Angelegenheiten streben – war in Lateinamerika sehr ausgeprägt und stellte den Hauptantrieb dar, der zur Wahl progressiver Regierungen wie jener von Lula in Brasilien, von Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador und Hugo Chavez in Venezuela führte. Konfrontiert mit schwierigen Herausforderungen und unterschiedlichsten gesellschaftlichen und ökonomischen Zwängen zielten diese fortschrittlichen Regierungen darauf ab, eine «wahrhaftere Demokratie» aufzubauen, eine stärkere Partizipation auf höheren Entscheidungsniveaus zu fördern und eine ausgeglichene Vermögensverteilung zu erreichen. Aus diesem Grund wurden sie von den USA und dem internationalen Establishment allesamt «erbittert bekämpft». Dasjenige lateinamerikanische Land, in dem dieser Kampf mit zunehmender Gewalt fortgeführt wird, ist Venezuela.

Für diejenigen, die nicht bereit sind, sich der Realität zu stellen und das Wort «Faschismus» zu benutzen, wo es angebracht ist, schrieb Bertram Gross:

«Wenn ich das Amerika von heute (1980) betrachte, habe ich keine Angst zu sagen, dass ich Angst habe. (...) Wer nur nach Massenparteien Ausschau hält oder nach Männern auf Pferden, wird die verräterischen Anhaltspunkte des schleichenden Fa-

Fortsetzung Seite 6

Kuba oder Puerto Rico? Venezuela oder Spanien?

Die Sache mit den zwei Ellen

Der Ärger ist gross und weitverbreitet: Die europäische Einheitspresse misst gemäss den vorherrschenden politischen und wirtschaftlichen Interessen, die sie vertritt, mit ungleichen Ellen. Über Beispiele aus Spanien berichtet der Koordinator des Madrider Webportals Cubainformación.

Von José Manzaneda

Im September verwüsteten verheerende Hurrikans Kuba und Puerto Rico. 20 Tage danach hatte Kuba 99% der Stromversorgung wiederhergestellt. In Puerto Rico hingegen waren noch Wochen danach 80% der Bevölkerung ohne Licht. Die Behörden gehen davon aus, zwei Monate nach dem Hurrikan 50% wieder zu erreichen. Es handelt sich um einen unbequemen Vergleich, über den wir, selbstverständlich, in den Massenmedien nichts lesen.

In Spanien hat kein Gericht den Pressesprecher der Partido Popular, Pablo Casado, für das «Verherrlichen des Terrorismus» belangt: Er drohte Carles Puigdemont, Präsident Kataloniens, dass er so wie sein Vorgänger, Lluís Companys endet, der von der Francodiktatur hingerichtet wurde. Die spanische Presse half Casado seine Drohungen auszuschmücken: «PP droht Puigdemont, dass er wie Companys im Gefängnis landen könnte» lesen wir in etwa gleichlautenden Überschriften von El Mundo, El País und ABC. Gleichzeitig informierte keine dieser Tageszeitungen über den Haftantritt von Alfredo Ramirez, einen der 76 angeklagten Tweeter in der sogenannten «Operation Araña III (Spinne)». Sein Vergehen: Er hatte bei Twitter einen Auszug aus einem Lied von «Chikos del Maíz» gepostet, der auf den Folterknecht und Kriminellen Enrique Rodríguez Galindo anspielte und prangerte mit Hilfe einer Pappfigur die Politik der heimfernen Haftverbüssung für baskische Gefangene

an. Aber wer die sozialen Netzwerke zensiert, wie man uns weismachen will, ist die Regierung Venezuelas.

Die digitale Sparte von «El País», «Planeta futuro» veröffentlichte eine Fotostrecke über «prekäre Besiedlungen» in der Dominikanischen Republik. Wir erfahren, dass Tausende von Familien neben kontaminierten Gewässern leben und Kinder mit Behinderungen keinen Zugang zu Medikamenten, Windeln und Rollstühlen haben. Für «El País» eine aseptische Misere, ohne Bezug zum aktuellen wirtschaftlichen Modell. Bemerkenswert, da wir in dieser Tageszeitung dutzende von Artikeln über das angeblich gescheiterte kubanische Wirtschaftsmodell lesen, das dort verantwortlich für das Wohnungsproblem gemacht wird. Dies obwohl die kubanische Bevölkerung, inklusive derer, die keine angebrachte Bleibe haben, sich auf eine Garantie der Grundversorgung, Gesundheitsversorgung und den Schutz von Menschen mit Behinderungen verlassen kann. Die Reportage spricht ausserdem von jungen Dominikanern, die davon träumen «auszuwandern». Im Falle Kubas liest man, ebenfalls in «El País», nicht von auswandern, sondern von «flüchten».

In den sogenannten «Paradise Papers» ist die Rede von 127 Figuren aus der Politik, der Weltwirtschaft oder der Unterhaltung und deren Verbindung zu Steueroasen. Das ja, hingegen lesen wir weder Leitartikel noch irgendeine Art von Artikeln, die die Verbindung von Steueroasen und den Interessen der mächtigen, westlichen Regierungen erklärt. Aber

können Sie sich vorstellen, wie sich der Ton der Berichterstattung ändern würde, wenn auf dieser Liste Regierungsmitglieder Kubas oder Venezuelas auftauchten?

Die spanischen Medien berichten uns von «politischer Verfolgung» des Oppositionellen Freddy Guevara, der sich in Venezuela für die Organisation der gewalttätigen Handlungen, die fast 150 Tote zur Folge hatten, dort vor Gericht verantworten muss. Gleichzeitig bejubeln sie in Katalonien enthusiastisch die Inhaftierung einer kompletten gewählten Regierung und von absolut pazifistischen Aktivistinnen für «Aufbruch» und «Meuterei».

So belehren sie uns weiter über die Demokratie und die Freiheit der spanischen Presse... solange wir uns das gefallen lassen.

Quelle: cubainformacion.tv. Übersetzung Christoph Zimmermann

EU verhängt Sanktionen gegen Spaniens Regierung

Die EU-Staaten haben Sanktionen gegen die spanische Regierung verhängt. Die EU-Aussenminister beschlossen (...) in Brüssel ein Verbot der Lieferung von Waffen und von Material, das für die «innere Unterdrückung» verwendet werden kann. Darüber hinaus droht die EU mit Einreiseverboten und Vermögenssperrungen für Spanier, die an der Verletzung demokratischer Grundprinzipien, der Rechtsstaatlichkeit oder von Menschenrechten beteiligt sind.

Im Nachdruck der obenstehenden sda-Meldung, die wir dem «Bund» vom 14. November 2017 entnehmen, hat sich ein Fehler eingeschlichen. Statt «Spanien» müsste es natürlich «Venezuela» heissen. Wo sind wir denn! Wo kämen wir da hin!

Überwältigende UNO-Mehrheit gegen US-Blockade von Kuba

Zwei gegen den «Rest» der Welt

Die USA fahren ihren aggressiven Kurs gegen Kuba unvermindert weiter. Einmal mehr versuchten sie in der UNO, die sozialistische Insel in der Welt zu isolieren. Und einmal mehr waren die Isolierten schliesslich sie selbst.

Von Volker Hermsdorf

In der UN-Generalversammlung standen die USA am 1. November 2017 zum 26. Mal in Folge allein gegen die Gemeinschaft der Völker. Wie in den Vorjahren haben 191 der 193 UN-Mitgliedsländer die Beendigung der vor 55 Jahren über Kuba verhängten US-Blockade gefordert. Nur die USA und Israel stimmten gegen die von Kuba eingebrachte Resolution. Während Washington und Tel Aviv sich zum Ende der Amtszeit von US-Präsident Barack Obama im vergangenen Jahr noch erstmals der Stimme enthalten hatten, votierte UN-Botschafterin Nikki Haley nun wieder so, wie die USA davor 24 Jahre lang abgestimmt hatten. In einer aggressiven Rede ging die Diplomatin mit keinem Wort auf die Beiträge der über 20 Debatteure ein, die die Blockade als Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen kritisiert hatten. Haley räumte jedoch ein, dass ihr Land in der Welt isoliert sei. Die Trump-Regierung werde die Blockade aber trotzdem aufrechterhalten, um den Menschen in Kuba «gegen das Castro-Regime» beizustehen.

«Heute haben wir hier leider erneut eine feindselige Rhetorik im Stil des Kalten Krieges gehört», kommentierte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja den Beitrag der Botschafterin. Auch andere Redner bedauerten «den Rückfall Washingtons in die Konfrontation und die Politik des offenen Interventionismus», nachdem die Abstimmung im Vorjahr



«Die Blockade ist eine Wurfwanne», meint die kubanische Grafikerin Teodoro Manceira Cruz auf ihrem Poster. «Sie kann auch ihren Besitzer verletzen.»

ein «kleines Zeichen der Hoffnung» gesetzt habe. Die Vertreter Südafrikas und der karibischen Staatengemeinschaft Caricom wiesen darauf hin, dass die extraterritoriale Ausweitung der Sanktionen auch die Wirtschaft und die gesellschaftliche Entwicklung ihrer Länder beeinträchtigt.

Mehrere Redner würdigten Kubas Hilfeinsätze in Krisenregionen. Trotz der Behinderungen durch die USA leiste das sozialistische Land derzeit humanitäre Unterstützung in 81 Ländern des globalen Südens. Der Vertreter Venezuelas, Rafael Ramí-

rez, sagte, Kuba stehe in der Welt «für Solidarität und Würde», die US-Blockade gegen das Land sei dagegen ein «krimineller, barbarischer Akt».

In seiner Rede parierte Kubas Aussenminister Bruno Rodríguez die Äusserungen der US-Botschafterin: Die USA und ihr derzeitiger Präsident Donald Trump hätten «nicht die geringste moralische Autorität», Havana Lektionen in Demokratie und Menschenrechten zu erteilen. Trump leite «eine Regierung von Millionären, die darauf aus ist, rücksichtslose Massnahmen gegen Familien mit geringen Einkommen und gegen die Armen, gegen Minderheiten und Immigranten anzuwenden. Er verfolgt ein Programm, das Hass und Spaltung fördert. Er predigt einen gefährlichen Exzeptionalismus und Rassismus, den er als Patriotismus verkleidet und der mehr Gewalt provozieren wird», sagte Rodríguez.

Anders als in Kuba gebe es in den USA keine Garantien für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit, dafür aber Diskriminierung aufgrund der Herkunft, der Rasse oder des Geschlechts. Rodríguez verurteilte «die Anwendung von Folter, den Mord an Schwarzen durch die Polizei, die Tötung von Zivilisten durch bewaffnete Kräfte, die masslose und rassistisch differenzierte Anwendung der Todesstrafe sowie die Repression und Überwachung der Migranten». Der Aussenminister bezeichnete die vor 55 Jahren gegen Kuba verhängte US-Blockade als «eine flagrante, systematische und massive Verletzung der Menschenrechte aller Kubaner», die ein «Akt von Genozid» sei.

(Quelle: Junge Welt)

Jetzt besteht eine imminente Gefahr eines Krieges unter Anwendung dieser Art Waffen und ich hege nicht den geringsten Zweifel, dass ein Angriff der Vereinigten Staaten und von Israel auf die Islamische Republik Iran unvermeidbar zu einem globalen Atomkrieg ausarten würde.

Den Völkern obliegt die Verpflichtung, von den politischen Führungskräften ihr Recht auf Leben zu fordern. Wenn das Leben der eigenen Gattung, des eigenen Volkes und der liebsten Angehörigen eine derartige Gefahr laufen, kann sich niemand den Luxus leisten, gleichgültig zu bleiben oder auch nur eine Minute zu verlieren, um die Achtung dieses Rechts zu fordern. Morgen würde es zu spät sein.

Albert Einstein behauptete wörtlich Folgendes: «Ich weiss nicht, welche Waffen man im Dritten Weltkrieg verwenden wird, aber im Vierten Weltkrieg werden es Knüppel und Steine sein». Wir wissen, was er sagen wollte, und er hatte vollkommen Recht, nur dass es diejenigen schon nicht mehr geben wird, welche mit Knüppeln und Steinen hantieren könnten.

Es würde Nebenschäden geben, so sagen die US-amerikanischen politischen und militärischen Führungspersonlichkeiten immer, um den Tod von unschuldigen Menschen zu rechtfertigen.

Bei einem Atomkrieg würde der Kollateralschaden das Leben der Menschheit sein.

Ich rufe alle dazu auf, den Mut zu haben, um zu verkünden, dass alle atomaren oder konventionellen Waffen, alles, was zum Kriegmachen dient, verschwinden müssen!

Fidel Castro Ruz

Das alte und...

Fortsetzung von Seite 5

schismus übersehen. In jedem Erstwelt-Land des fortgeschrittenen Kapitalismus wird der neue Faschismus durch nationales und kulturelles Erbe, durch ethnische und religiöse Zusammensetzung, eine formale politische Struktur und ein bestimmtes geopolitisches Umfeld gefärbt. (...) Es wird Faschismus mit einem Lächeln sein. Als Warnung vor der geschminkten Fassade, der subtilen Manipulation und den Samthandschuhen nenne ich ihn den freundlichen Faschismus. Was mich am meisten erschreckt, ist seine subtile Anziehungskraft.»

«Ich bin besorgt über jene, die sich nicht erinnern oder nie gelernt haben, dass die Allianz Big Business - Big Government, unterstützt von weiteren Elementen, zu den zentralen Faktoren der faschistischen Machtstrukturen aus den Zeiten von Mussolini, Hitler und der japanischen Reichsgründer gehörte. (...) Ich bin besorgt über jene, die sich mit Wörtern herumquälen. (...) Sie benutzen zwar von faschistischen Ideologen erfundene Begriffe wie «korporativistischer Staat» oder «Korporativismus», aber zögern vor

folgende Sturz der Regierung von Dilma Rousseff verhinderten, dass die Strassengewalt in Brasilien auf jene Ebenen eskalierte, die wir später in Venezuela sahen. Mit dem Ende der Regierung von Dilma Rousseff hatte die Gewalt in den Strassen ihr Ziel erreicht und war nicht mehr nötig. Der «freundliche Faschismus» der Regierung von Michel Temer – bestens geeignet, dem Staatsstreich die Legitimität zu geben – konnte die Macht übernehmen und das anpacken, was stets das eigentliche Ziel des Putschs war, nämlich die sozialen Errungenschaften und Beschlüsse der früheren Regierungen unter der Arbeiterpartei zu zerstören und rückgängig zu machen, die staatlichen Vermögenswerte zu privatisieren und die Ölreserven des Landes und andere natürliche Ressourcen für die Ausbeutung durch ausländische Unternehmen zu öffnen.

Venezuela ist eines der reichsten Länder der Welt, nicht nur in Bezug auf Erdöl, sondern auch was Gas und andere natürliche Ressourcen angeht. Hugo Chavez und die Bolivarische Revolution verpflichteten sich, diese Reichtümer für Venezuelas eigene Entwicklung zu nutzen, und zwar



Gesichter des «unfreundlichen» Faschismus: Chiles blutiger Diktator Pinochet und sein Mentor Kissinger haben viel Freude aneinander. Foto: Minrex Chile, 1976

dem Begriff «Faschismus». (...) Ebenso wichtig ist, dass die aufstrebende Big Business - Big Government Partnerschaft eine globale Reichweite hat. Sie ist verankert in kolossalen transnationalen Konzernen und Komplexen, die sich gemeinsam eine «freie Welt» knüpfen, in welcher die Sonne niemals untergeht. Das sind Elemente eines neuen Despotismus.»

Dieser neue Despotismus, dieser «freundliche Faschismus», dessen Entstehen Bertram Gross beobachtete und verurteilte, wird heute meist unter einer andern Bezeichnung geführt, einer Bezeichnung mit viel besserem Ruf: Neoliberalismus.

Die Dynamik von «freundlichem und unfreundlichem» Faschismus ist eine Kreation der neoliberalen Politik. So werden die internationalen Konzerne und Finanzkomplexe in ihrer unstillbaren Gier nach mehr Reichtum und mehr Macht zu ihren Gunsten unablässig versuchen, der Welt wo immer möglich den «freundlichen Faschismus» und wo immer nötig den «unfreundlichen Faschismus» aufzuzwingen. Auf diese Weise wird das politische Spektrum auf eine Wahl zwischen dem einen und dem anderen reduziert. Neoliberalismus und freundlicher Faschismus sind ein und dasselbe, und unfreundlicher Faschismus ist nur das dunklere Gesicht des Neoliberalismus, wenn es darum geht, weniger «freundliche» Mittel zu verwenden, um sich durchzusetzen.

Je nach je

Ein Vergleich zwischen dem Staatsstreich in Brasilien und der aktuellen Situation in Venezuela hilft, die «freundliche / unfreundliche» Faschismus-Dynamik besser zu verstehen.

An vielen der Strassendemonstrationen gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff in Brasilien zeigten die Faschisten ihr traditionelles «unfreundliches» Gesicht: gewalttätig, rassistisch und homophob. Nur die relativ schnelle Abwicklung des Absetzungs-Prozesses und der darauf

zugunsten der eigenen Bevölkerung, was einer Todsünde gegen die neoliberale Ordnung gleichkommt. Der von Washington unterstützte Staatsstreich von 2002 zeigte, dass die Destabilisierung von Venezuela keine leichte Aufgabe ist – die «zweite Tendenz», die Bertram Gross ausgemacht hat, ist in Venezuela viel zu stark, um einen «sanften Putsch» zu erlauben. «Freundlicher Faschismus» ist in Venezuela keine Option, zumindest nicht jetzt: Dazu sind die sozialen Errungenschaften und die Politik der bolivarianischen Revolution zu tief verwurzelt in der venezolanischen Bevölkerung. Tatsächlich sind sie ja Ergebnis ihres eigenen Engagements und ihres politischen Kampfes und sie wird sie bis zum Ende verteidigen.

In Venezuela setzte das neoliberale Establishment, das seine Hände so eifrig nach dem natürlichen Reichtum dieses Landes ausstreckt, auf den «unfreundlichen Faschismus». Diese Rolle ist der venezolanischen Opposition zugeordnet, die sich anscheinend den Hitler-Ratschlag in «Mein Kampf» zu Eigen macht: «In der ewig gleichmässigen Anwendung der Gewalt allein liegt die allererste Voraussetzung zum Erfolge.» Die internationale Mainstream-Presse, immer im Dienste der etablierten Macht, lobt diese Wahl.

Die Dynamik des «freundlichen / unfreundlichen» Faschismus lässt sich damit wie folgt zusammenfassen: Je grösser die Volksbeteiligung an der Regierung eines Landes, desto stärker seine Demokratie und die Entschlossenheit, seine eigenen Reichtum für seine eigene Entwicklung zu nutzen – desto notwendiger der Rückgriff auf den «unfreundlichen Faschismus», um dagegen zu kämpfen. In der Orwellschen Welt, in der wir heute leben, unter «korporativistischer Knechtschaft», wird der tatsächliche Angriff auf die Demokratie «Verteidigung der Demokratie» genannt. Die Mainstream-Presse applaudiert.

(Übersetzung aus dem Englischen: Martin Schwander)

Zu seinem ersten Todestag

Hommage an Fidel

Am 25. November 2016 verstarb der kubanische Revolutionär und Staatsmann Fidel Castro in seinem 91. Lebensjahr. Der Vorkämpfer für die Emanzipation und die Würde der Völker des Südens hatte sich in seinen letzten Lebensjahren immer wieder auch geüsstert zu Friedensfragen und zur nuklearen Gefahr, insbesondere 2010, als sich die Anzeichen mehrten, dass die USA und Israel den Iran militärisch angreifen wollten. Der Broschüre «Kubanische Plakate gegen den Krieg und für den Frieden» (siehe Hinweis unten links) entnehmen wir Fidels Botschaft vom 16. Oktober 2010 mit seinem Aufruf, alles zum Verschwinden zu bringen, was dem Kriegführen dient.

Botschaft von Fidel Castro Ruz gegen den Atomkrieg

Die Anwendung der Atomwaffen bei einem neuen Krieg würde das Ende der Menschheit bedeuten. So sah es der Wissenschaftler Albert Einstein voraus, der in der Lage war, deren Zerstörungskraft zu messen, die Millionen Grad Hitze erzeugt, die

in einem weiten Umkreis alles verflüchtigt. Der geniale Forscher trieb die Entwicklung dieser Waffe voran, bevor das völkermörderische Naziregime über sie verfügt hätte.

Jegliche Regierung der Welt ist verpflichtet, das Recht auf Leben jeglicher Nation und der Gesamtheit aller Völker des Planeten zu achten.

carteles cubanos
por la paz y contra la guerra
affiches cubaines
pour la paix et contre la guerre
kubanische plakate
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.
Texte spanisch, deutsch und französisch.
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.-

Bestellung über
061 681 03 63 resp. sfb@bluewin.ch

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB

PESCO – Formation eines militaristischen Kerneuropas

Aufrüstung der Willigen und Fähigen

Am 13. November 2017 haben sich 23 EU-Staaten zur hochproblematischen «Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit» (PESCO) verpflichtet. Mit PESCO können Teile der EU-Militärpolitik per Mehrheitsentscheidung auf Kleingruppen ausgelagert und so das bislang in diesem Bereich geltende Konsensprinzip ausgehebelt werden. Eine entsprechende Erklärung haben die Aussen- und Verteidigungsminister eines Grossteils der EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel unterzeichnet. Am 11. Dezember wollen die EU-Staats- und Regierungschefs das Projekt endgültig absegnen.

Von Otto König und Richard Detje

Mit dem Aufruf «Abrüsten statt aufrüsten»¹ beziehen derzeit tausende FriedensaktivistInnen – unter ihnen Gewerkschaftsvorsitzende, Künstler, Wissenschaftler, Hochschullehrer, Politiker der Linken, der SPD und der Grünen – Stellung gegen die Absichten der Bundesregierung, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln: auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP).

Die UnterzeichnerInnen fordern: militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Damit wendet sich der Aufruf auch gegen die rasant fortschreitende Militarisierung auf europäischer Ebene. Seit im Juni 2016 die «Globale Strategie für die Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union» (EUGS) veröffentlicht wurde, wird die Debatte über die «Zukunft der Europäischen Verteidigung» vor allem von den politischen Akteuren in Berlin, Brüssel und Paris vorangetrieben. In dem von der EU-Kommission nachgeschobenen «Reflexionspapier» wurden drei Szenarien für die Militärpolitik skizziert, die auf «strategische Autonomie» zielen und es der EU auf lange Sicht ermöglichen sollen, nicht nur «an der Seite ihrer Hauptverbündeten», sondern bei Bedarf auch «allein zu handeln».

Folgende Ziele stehen im Mittelpunkt: Erstens soll eine «Ständige Strukturierte Zusammenarbeit» (Permanent Structure Cooperation, PESCO) aktiviert, zweitens eine «Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung» (CARD) über einen systematischen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten über ihre Verteidigungspläne institutionalisiert und drittens ein Europäischer Verteidigungsfonds (EVF) geschaffen werden. Aus dem EU-Haushalt sollen künftig jährlich 1,5 Milliarden Euro für die Rüstungsforschung und -entwicklung bereitgestellt werden, um Anreize zu schaffen, die Rüstungsindustrie EU-weit stärker als bisher zu verschmelzen.

Auf dem Treffen der Aussen- und Verteidigungsminister der EU-Mitgliedsstaaten Mitte November in Brüssel

sel [wurde] die Notifizierung für die geplante engere Militärkooperation [gestartet].² (...) Die abschliessende Entscheidung zur Gründung der PESCO soll auf der darauffolgenden Ratssitzung am 11. Dezember 2017 mit qualifizierter Mehrheit vorge-



EU: Vereint aufrüsten, gemeinsam Kriege führen. Die Meinung der Bevölkerung im militaristischen Kerneuropa ist nicht gefragt. Fotomontage: Friedensbündnis Heidelberg.

nommen werden. Sie erfolgt auf der Grundlage des Artikels 42 sowie des entsprechenden Protokollvermerks 10 des Vertrages von Lissabon als offizielle EU-Struktur. An den Sitzungen sollen alle EU-Staaten teilnehmen können, doch stimmberechtigt werden nur jene sein, die bereit sind, sich auf höhere Rüstungsausgaben und eine ausgeweitete militärische «interventionistische» Aussenpolitik zu verpflichten.

Ersatz für EU-Armee?

Da die Forderung nach einem hochgerüsteten Kerneuropa mit einer gemeinsamen EU-Armee nicht nur im scheidenden Grossbritannien und in den kleinen EU-Staaten wie Zypern, Malta oder Portugal, sondern auch in Ländern wie Polen und Schweden umstritten ist, da sie nicht nur ökonomisch sondern auch militärisch weiter steigenden Einfluss Deutschlands befürchten, sollen nun im Rahmen von PESCO «willige» Mitgliedstaaten sich in losen Koalitionen verbinden, um spezielle militärische Fähigkeiten kollektiv bereitzustellen.

Die an PESCO teilnehmenden Staaten sollen «ihre Kapazitäten und Fähigkeiten» bei der Europäischen Verteidigungsagentur (European Defence Agency, EDA) melden, um sie dann «im Rahmen der neuen Verteidigungskooperation» jederzeit nach Be-

darf zusammenführen zu können. Die Addition dieser einzelnen militärischen Bestandteile könnte langfristig die nach wie vor im Raum stehende EU-Armee ersetzen.

Mit den geplanten Massnahmen wird die Verschmelzung europäischer Streitkräfte ergänzt, die Berliner Militärpolitiker auch im Rahmen der NATO vorantreiben, u.a. mit der Unterstellung fremder Streitkräfte unter deutsches Kommando und der Bildung sogenannter «Fähigkeitscluster». So weist das Bundesverteidigungsministerium darauf hin, dass PESCO dem 2014 im britischen Ne-

wport beschlossenen «Framework Nations Concept der NATO» ähnlich ist. Auch hier werden «Projekte, die nicht mit allen Partnerstaaten umgesetzt werden können, im kleineren Verbund realisiert.»³ Beide Konzepte seien «nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung» gedacht.

wport beschlossenen «Framework Nations Concept der NATO» ähnlich ist. Auch hier werden «Projekte, die nicht mit allen Partnerstaaten umgesetzt werden können, im kleineren Verbund realisiert.»³ Beide Konzepte seien «nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung» gedacht.

Deutschland überall(es)...

Wie die Autoren der Studie «Ambitionierte Rahmennation: Deutschland in der Nato», vorgelegt von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), formulieren, soll es künftig möglich sein, «drei multinationale Divisionen mit jeweils bis zu fünf schweren Brigaden in den Einsatz zu bringen.» Dabei sollen zwei dieser drei Divisionen «aus deutschen Divisionsstäben und -strukturen» wie beispielsweise ein «Luftwaffen-Einsatzverband» und ein «deutsch dominierte[s] Marinekommando für die Ostsee» gebildet werden.⁴

Dazu gehört auch der Aufbau von Fähigkeitsclustern wie die Kooperationsvereinbarung zwischen Deutschland und Ungarn vom Mitte Oktober zur Schaffung eines gemeinsamen Transportzuges, der im Jahr 2020 einsatzfähig sein und 2025 Kampfstärke erreichen soll. Darüber hinaus kooperiert die deutsche Marine mit der niederländischen Marine und ein neues Kommando im maritimen Operationszentrum in Glücksburg (Flensburger Förde) soll künftig die operative Kontrolle über deutsche und polnische U-Boote übernehmen. Die SWP-Autoren schlussfolgern: «Zu Lande, zu Wasser oder in der Luft wäre die Rolle Deutschlands in diesen Verbänden und Strukturen signifikant».

Die ideologische Vorarbeit für die Militarisierung der EU wird u.a. von Denkfabriken wie die NATO-Exzellenzzentren (Centres of Excellence, COE) geleistet. So liegt der Schwerpunkt des «Air Power Competence Center» (JAPCC) im niederrheinischen Kalkar auf der Analyse sowie der Weiterentwicklung der Kriegsführung im Luft- und im Weltraum. Das «Operations in Confined and Shallow Waters (CSW)» in Kiel entwickelt Grundsätze und Verfahren für maritime Operationen in Randmeeren

und Küstengewässern und wirkt mit an der Erstellung des neuen Anti-U-Boot-Krieg-Konzeptes der Allianz.

Einen weiteren zentralen Stellenwert nehmen die Pläne des Aufbaus einer militärischen EU-Kommandozentrale ein. Die im Frühjahr von der EU beschlossene Kommandozentrale soll sich jedoch auf die Koordination sogenannter Beratungs- und Ausbildungseinsätze beschränken, was den Befürwortern gemeinsamer EU-Militäreinsätze nicht genügt. Man müsse sich mit dem Beschluss keineswegs abfinden, beruhigt das European Institute for Security Studies (EUISS) in Paris, da sich die Frage nach dem Ausbau der Zentrale zu einem vollumfänglichen militärischen Hauptquartier in absehbarer Zeit unweigerlich stellen werde.

Vive la coopération

Zu den massgeblichen Treibern von PESCO gehören die deutsche Oberbefehlshaberin Ursula von der Leyen, die sich am 18. Oktober vom kommissarischen Bundeskabinett der auslaufenden GroKo grünes Licht für eine deutsche Beteiligung geben liess, und das französische Ministère des Armées. Mit dem vom französischen Verteidigungsministerium Mitte Oktober veröffentlichten militärpolitischen Grundsatzdokument «Revue stratégique» öffnen sich Frankreichs Streitkräfte «in einem bislang nicht gekannten Masse für Kooperation in Europa», so die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.⁵

Zu Beginn der 2020er Jahre sollten die Europäer über eine einheitliche Verteidigungsdoktrin verfügen und fähig sein, «gemeinsam auf glaubwürdige Art und Weise intervenieren zu können», fordert das Ministère des Armées. Dazu müsse eine «europäische Interventionsinitiative» (Initiative européenne d'intervention) gestartet werden, für die nach den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron eine «neue, je nach Einsatzlage zusammengesetzte europäische Interventionstruppe» von den «willigen und militärisch fähigen» EU-Staaten gebildet werden soll.

Wie nötig die EU mehr Zusammenhalt hätte, liess von der Leyen in der «Strategischen Vorausschau 2040» ihres Ministeriums herausarbeiten. In dem internen, 102 Seiten umfassenden Papier wurden von Bundeswehrstrategen sechs sicherheitspolitische Zukunftsszenarien durchgespielt, darunter im schlimmsten Fall der Zerfall der EU. Für die CDU-Politikerin ist PESCO eine «grosse Chance», dem entgegen zu wirken.

Es ist zu befürchten, dass das Vorgehen der kommissarischen Bundesregierung, aber auch einer möglichen

Jamaika-Koalition,⁶ richtungweisend ist für den weiteren Weg in Richtung EU-Armee. Eine demokratische Beteiligung ist weder bei der Einrichtung des militaristischen Kerneuropas noch bei seiner weiteren Ausgestaltung gewünscht. Und dies, obwohl es bei der Entscheidung für die Schaffung eines militaristischen Kerneuropas um eine Reihe von bindenden Verpflichtungen für die teilnehmenden Nationalstaaten geht.

Im Rahmen der PESCO werden zum Beispiel Vorgaben gemacht, die die Ausrichtung der Bundeswehr, den Einsatz der Soldat_innen, die Kooperation bei Forschung und Aufrüstung, die Transportkapazitäten in Militäreinsätzen und vor allem die Finanzierung dieser Vorhaben betreffen. So soll die Bundesregierung bis zur Ratsentscheidung im Dezember einen nationalen Umsetzungsplan für die entsprechenden militärischen Verpflichtungen vorlegen.

All dies wird womöglich ohne eine Entscheidung durch den am 24. September neu gewählten Bundestag über die Bühne gehen, obwohl die umfangreichen finanziellen Implikationen massive Auswirkungen auf den Entscheidungsspielraum der nationalen Parlamente bei deren Haushaltsberatungen haben. Damit soll eine öffentliche Diskussion vermieden werden.

¹www.abruesten.jetzt
²Vgl. Claudia Haydt: PESCO ist kein Fisch, IMI-Standpunkt 2017/034.
³PESCO: Das Ziel fest im Blick. www.bmvg.de 6.11.2017.

⁴Vgl. Rainer L. Glatz/Martin Zapfe: Ambitionierte Rahmennation: Deutschland in der Nato, SWP-Aktuell 62, August 2017.

⁵Claudia Major/Christian Mölling: Pragmatisch und europäisch: Frankreich setzt neue Ziele in der Verteidigungspolitik, DGAP Standpunkt Oktober 2017.

⁶Nur in wenigen Bereichen laufen die Koalitionsgespräche von CDU/CSU, Grünen und FDP so geräuschlos wie bei der Verteidigung. Die Ausweisung der «Reiziffer» des Anstieges der Militärausgaben auf zwei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung sei nicht zwingend erforderlich, schliesslich sei die Richtung – der kontinuierliche Anstieg des Verteidigungsetats – entscheidend, da die Nato diese Selbstverpflichtung als Ziel auch erst für 2024 ausgegeben habe. Quelle: sozialismus.de



EU-Militärstützpunkte



Schon jetzt gemeinsam genutzt: Die 28 französischen, 29 britischen, 12 deutschen, 5 italienischen und 2 spanischen Militärstützpunkte. Grafik: www.deutscher-friedensrat.de

Talon zum Mitbewegen

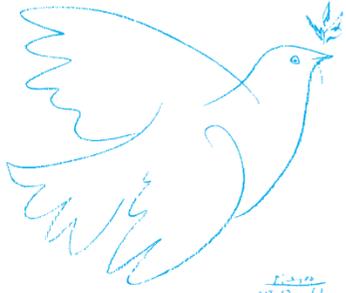
Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____ Mail (fak.): _____
 PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch, Monika Waser

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!

Unsere Welt



Die Iswestija vom 27. Oktober 1917 publiziert das «Dekret über den Frieden», welches der II. Sowjetkongress am Vortag einstimmig angenommen hatte. Bild: ratnikjournal.narod.ru

100 Jahre «Dekret über den Frieden»
Oktoberrevolution und Friedensgebot

Am 26. Oktober (8. November) 1917 nahmen die 650 Delegierten des II. Sowjetkongresses nach einer Rede Lenins einmütig das «Dekret über den Frieden» an. Darin schlug die sowjetische Regierung allen kriegführenden Staaten vor, ohne Zögern über einen gerechten demokratischen Friedensschluss ohne Annexionen und Kontributionen zu verhandeln.

Von Erhard Crome

Die russischen Revolutionen von 1917 waren geprägt von der Rückständigkeit des Landes im Vergleich zu den führenden Industrienächten, der anhaltenden politischen Krise nach der gescheiterten Revolution von 1905 sowie den Niederlagen an den Fronten des Ersten Weltkrieges. Russland hatte, wie alle imperialistischen Mächte im Ersten Weltkrieg, weitreichende Kriegsziele: Zerschlagung Österreich-Ungarns mit Zurückdrängung der Habsburger auf ihre Stammländer in Deutschösterreich und Ersetzung des restlichen Landes durch russlandfreundliche slawische Pufferstaaten; Auflösung des Deutschen Reiches bei Wiederherstellung der deutschen Einzelstaaten und Verkleinerung Preussens, insbesondere zugunsten Polens, das unter russischer Herrschaft bleiben sollte; Aufteilung des Osmanischen Reiches unter die Ententemächte, wobei Russland die Meerengen und Konstantinopel beanspruchte.

Obwohl die Masse der Truppen an der Westfront eingesetzt war, vermochte es die deutsche Heeresleitung, «mit notdürftig zusammengekratzten, unterlegenen Kräften die ständig drohende Niederlage im Osten abzuwenden» und 1915 zur Gegenoffensive überzugehen. Im Sommer 1915 eroberten deutsche Truppen Warschau, Brest-Litowk und Vilnius. Mit der Brussilow-Offensive 1916 erzielte Russland Geländegewinne, erlitt jedoch hohe Verluste. Insgesamt verloren die russischen Armeen bis Anfang 1917 2,7 Millionen Tote und Verwundete sowie vier Millionen Kriegsgefangene. Die russische Kriegsindustrie hatte ihre Leistungen seit August 1914 deutlich erhöht. Dies beschleunigte jedoch die sozialen Widersprüche und eine wuchernde Urbanisierung. Hunger und Inflation vergrösserten das Elend. 1917 waren Soldaten und Bevölkerung kriegsmüde. Die Herrschenden dagegen hatten keinerlei Verständnis für die Nöte des Volkes. Nach der verlustreichen Schlacht von Tannen-

berg in Ostpreussen im August 1914 hatte Grossfürst Nikolai gegenüber dem französischen Militärattaché gesagt: «Wir sind glücklich, für unsere Verbündeten solche Opfer bringen zu dürfen.» Nach den Niederlagen 1915 entzog Zar Nikolaus II. dem Grossfürsten das Oberkommando und übernahm es selbst. Fortan war er nicht nur politisch, sondern unmittelbar für Niederlagen und Kriegsverluste verantwortlich. Das beschleunigte die politische Krise. Mit der Februarrevolution 1917 wurde er gestürzt. Es bildeten sich die Provisorische Regierung und der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten als eigenständige zentrale Machtorgane.

Die Provisorische Regierung unter Fürst Lwow bekannte sich jedoch zur Fortsetzung des Krieges und verschob die versprochene Landreform auf die Zeit danach. Die zentralen Forderungen der Februarrevolution – Land und Frieden – blieben unerfüllt. Aussenminister Pawel Miljukow beeilte sich, den anderen Entente-Mächten zu versichern, Russland bleibe bei den Vereinbarungen von 1915, wonach es an dem Kampf um den erstrebten Siegfrieden teilnimmt, einen Separatfrieden mit Deutschland ausschliesst und dafür Konstantinopel und die Meerengen zum Schwarzen Meer sowie Gebiete in Ostgalizien erhält. Der Petrograder Sowjet distanzierte sich sofort und öffentlich. Miljukow musste zurücktreten. Im April 1917 wurde eine Vereinbarung zwischen Regierung und Sowjet erzielt: Keine Annexionen, aber auch kein Separatfrieden, was hiess: Fortsetzung des Krieges.

Dies war politisch schizophren, die Führung eines Krieges ohne von ihm etwas zu erwarten, war historisch beipiellos. Anders war die Zustimmung der Mehrheit des Sowjets zur Fortsetzung des Krieges jedoch nicht zu haben. Begründung war, man müsse erst über die Deutschen gesiegt haben, um dann den Frieden zu bekommen. Alle wichtigen Parteien der Revolution, nicht nur die Bolschewiki, standen auf «Zimmerwalder Positionen». Die Zimmerwalder Konferenz (in der Schweiz, September 1915) hatte unter massgeblicher Beteiligung von Lenin und Trotzki zur Neuformierung der Linken in Europa auf der Grundlage des Kampfes gegen den Ersten Weltkrieg und der Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, wie es damals hiess, geführt. Nachdem die von dem Sozialrevolutionär Alexander Kerenski, der zunächst aus dem Sowjet kam und dann Kriegsminister und später Chef der Provisorischen Regierung wurde, zu verantwortende Offensive im Sommer 1917 unter neuerlichen grossen Verlusten gescheitert war, waren die Bolschewiki die einzige Partei, die weiter entschlossen die Position des Friedens vertrat. Ihr Sieg im Oktober 1917 war die logische Konsequenz.

Ungeachtet dessen, ob man die Oktoberrevolution – unter sowjetischem Vorzeichen grosser Wendepunkt der Menschheitsgeschichte – nun zu einem Putsch der Bolschewiki, die dazu parlamentarisch nicht legitimiert waren, uminterpretiert oder nicht, sie stand für den unbedingten Willen, das Morden des Ersten Weltkrieges zu beenden. Lenin hatte bereits in seinen

Vorstoss norwegischer Sozialdemokraten 1917
Nobelpreis für Lenin?

Die Macht der Arbeiter und Bauern in Russland war noch keinen Monat alt, da schlugen Genossen der norwegischen sozialdemokratischen Partei den führenden Kopf der sozialistischen Revolution und nunmehrigen Vorsitzenden des Rates der Volkskommissäre der Sowjetrepublik, Wladimir Iljitsch Lenin, für den Friedensnobelpreis des Jahres 1917 vor. Am 30. November wandten sie sich offiziell an das Komitee: «In der heutigen Zeit tut für den Triumph der Ideen des Friedens Lenin am meisten, der ihn nicht nur mit all seiner Kraft propagiert, sondern auch konkrete Schritte zu seiner Schaffung unternimmt.»

Das «Dekret über den Frieden» der Sowjetmacht von 1917 enthielt den Vorschlag an alle kriegführenden Regierungen, unverzüglich das blutige Völkermorden zu beenden und einen Vertrag über einen gerechten, demokratischen Frieden abzuschliessen. Mit der zehn Tage vor dem norwegischen Antrag erfolgten Aufnahme von Verhandlungen mit Deutschland über einen Waffenstillstand, begann die Sowjetregierung auch sofort, ihren Vorschlag in die Tat umzusetzen.

Doch das Komitee in Oslo wies den Antrag der norwegischen Arbeiter zurück. Die Kandidatenliste für 1917 sei schon am 1. Februar abgeschlossen worden, hiess es. Man fügte hinzu: «Wenn es der gegenwärtigen russischen Regierung gelingt, Frieden und Ruhe im Lande herzustellen, so hat das Komitee nichts dagegen, Lenin den Preis im nächsten Jahr zu verleihen.»

Im Mai 1918 wurde der Begründer des ersten sozialistischen Staates ein zweites Mal für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen: Von Studierenden und Lehrkräften der Universität von Konstantinopel, dem heutigen Istanbul. Wenn auch dieses Mal das damalige Osloer Komitee nicht reagierte, so ist doch jener Mann, der das Dekret über den Frieden verfasste und sich energisch für die Realisierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz verschiedener gesellschaftlicher Systeme einsetzte, in die Annalen der Geschichte eingegangen als einer der konsequentesten Streiter unserer Zeit gegen den Krieg.

(Quelle: Neues Deutschland ND, 23.5.87)

«April-Thesen», die er gleich nach seiner Ankunft in Petrograd im April 1917 verkündete, betont, dass der Krieg «auch unter der neuen Regierung Lwow und Co. [...] unbedingt ein räuberischer imperialistischer Krieg bleibt», an den «auch die geringsten Zugeständnisse [...] unzulässig» sind. Folgerichtig war das «Dekret über den Frieden» der erste politische Akt der neuen Arbeiter- und Bauernregierung. Es war von Lenin ausgearbeitet und vom II. Sowjetkongress am 26. Oktober 1917 (alter Kalender) einstimmig angenommen worden. Ziel war ein «gerechter und demokratischer Frieden», «nach Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d.h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen». Lenins Regierung schlug «allen kriegführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schliessen».

Mit diesem Dekret war nicht nur die Idee Staatspolitik geworden, den Krieg zu beenden und einen sofortigen Waffenstillstand abzuschliessen. Neu kam in die Aussenpolitik, Eroberung fremder Territorien und Ausbeutung anderer Völker dürfen kein ausserpolitisches Ziel sein. Dieses Verdienst gebührt der Oktoberrevolution ungeachtet dessen, dass Stalins internationale Politik dem später nicht gefolgt ist. Adressat des Dekrets waren nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker. Alles das, was wir heute als Aussenpolitik der Zivilgesellschaft kennen, wurde dort erstmals deklariert. Zudem hat das Dekret über den Frieden mit der Geheimdiplomatie der alten Mächte gebrochen. Die Sowjetregierung enthüllte die Geheimverträge zwischen

den Entente-Mächten und die Dokumente über die imperialistischen Ziele Russlands. McMeekin hat die Originaldokumente angesehen und bestätigt, sie sind sachgerecht dokumentiert. Definitiv wurde erklärt, Krieg ist «das grösste Verbrechen an der Menschheit». Vom Dekret über den Frieden führt eine direkte Linie über den Kriegsächtungspakt («Briand-Kellogg-Pakt») 1928 hin zum Friedensgebot der UNO-Charta 1945.

Anmerkungen:
1McMeekin, Sean: Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe, Berlin: Europa Verlag 2014, S. 45, 51, 60, 95, 147, 156.
2Haffner, Sebastian: Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Bergisch Gladbach: Gustav Lübbe Verlag 2001, S. 48.
3Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München: Verlag C.H. Beck 2014, S. 667.
4McMeekin, Sean, a.a.O., S. 394.
5W.I. Lenin: Aprilthesen. In: Ders.: Werke, Bd. 24 (LW), Berlin: Dietz Verlag 1969, S. 3.
6LW, Bd. 26, Berlin: Dietz Verlag 1970, S. 239.
7McMeekin, Sean, a.a.O., S. 18, 378.
8LW, Bd. 26, S. 240.

Dr. rer. pol. habil. Erhard Crome, Jg. 1951, ist Referent für Friedens- und Europapolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redaktionsmitglied der Zeitschrift Berliner Debatte Initial und Mitbegründer und Mitglied des Beirates der Zeitschrift WeltTrends, der wir diesen Beitrag mit freundlicher Genehmigung des Autors entnommen haben (www.welttrends.de).

Redaktionsschluss dieser Nummer: 14. November 2017